



## **Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen – Wege in eine nachhaltige Zukunft**

Tagung am 21. November 2012,  
Duisburg



**Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen –  
Wege in eine nachhaltige Zukunft**

Tagung am 21. November 2012,  
Duisburg

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	5
Zusammenfassung der Tagung .....	6
<b>Vorträge und Gesprächsrunde</b>	
Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen Johannes Rimmel .....	8
Rio +20: Zwei Jahrzehnte „nachhaltige Entwicklung“ – und was nun? Dr. Reinhard Loske .....	10
Verpflichtung oder Chance: Nachhaltigkeit und Wirtschaft Dr. Wolfgang Große Entrup .....	13
Epochenwechsel – die Leitidee der Nachhaltigkeit aus Sicht der Naturschutz- und Umweltverbände Michael Müller .....	14
Nach Rio+20: Schlussfolgerungen für Deutschland Olaf Tschimpke .....	15
Nachhaltigkeit in NRW aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion Rainer Deppe .....	16
Gesprächsrunde mit Vertretern der Fraktionen im Landtag NRW mit Rainer Deppe, Henning Höne, Hans Christian Markert, Norbert Meesters und Hanns-Jörg Rohwedder .....	17
Nachhaltigkeit made in NRW: Präsentation der InnovationCity Ruhr – Modellstadt Bottrop Bernd Tischler .....	20
<b>Thematische Workshops</b>	
Workshop 1: Klima und Energie .....	22
Workshop 2: Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW – Gut aufgestellt für die Zukunft .....	26
Workshop 3: Nachhaltiges Wirtschaften .....	30
Workshop 4: Lokale Agenda – Strategie Nachhaltigkeit .....	34
<b>Vorträge und Gesprächsrunde</b>	
Bildungsaufgabe Nachhaltigkeit Sylvia Löhrmann .....	38
Nachhaltige Städte als politische und ökonomische Chance Michael Groschek .....	40
Gesprächsrunde zu den Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes- und europäischer Ebene sowie zur Eine-Welt-Strategie NRW mit Dr. Lale Akgün, Andreas Esche und Dr. Hermann Ott .....	42
Schlussfolgerungen Udo Paschedag .....	46
<b>Anhang</b>	
Durchgeführtes Programm .....	47
Impressum .....	50
Veranstaltungsmoderation: Jürgen Döschner, Journalist, WDR	

## Sehr geehrte Damen und Herren,



im Juni 2012 hat die Weltgemeinschaft in Rio de Janeiro auf der dritten UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung ihr Bekenntnis zur Nachhaltigkeit erneuert. Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen z.B. beim Klimaschutz, der Energieversorgung, der Biodiversität, der demographischen Entwicklung, erscheint mir ein entschlossenes Handeln in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen nötiger denn je.

Nachhaltige Entwicklung ist nach meinem Verständnis eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft und umfasst alle Bereiche unseres Lebens und Wirtschaftens. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen sind gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gefordert, vorhandene Kooperationen auszubauen und neue Wege zu finden, um die nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Nachhaltigkeit verbindet ökologische Verantwortung und ökonomische Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit. Diesen Prinzipien hat sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalen verpflichtet.

Auf der Tagung „Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen – Wege in eine nachhaltige Zukunft“ am 21. November 2012 in Duisburg haben wir die bisherigen Aktivitäten zur Agenda 21 und zur Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen bilanziert. Zu den Schwerpunktthemen Klima und Energie, Bildung für nachhaltige Entwicklung, nachhaltiges Wirtschaften und Lokale Agenda 21 entwickelten wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erste Perspektiven für einen neuen landesweiten Nachhaltigkeitsprozess.

Die vorliegende Dokumentation fasst die auf der Tagung diskutierten Nachhaltigkeitsthemen, Perspektiven und Impulse zusammen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Referentinnen und Referenten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung bedanken, die mit ihren Beiträgen zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre der Tagungsdokumentation.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Johannes Remmel'. The signature is fluid and cursive, written over a light blue background.

Johannes Remmel  
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen



## Zusammenfassung der Tagung

Umweltminister Remmel begrüßte die Teilnehmenden, gab einen Überblick zum Stand des Nachhaltigkeitsprozesses in Nordrhein-Westfalen und führte kurz in die vier Schwerpunktthemen der Tagung ein: Lokale Agenda 21, Klima und Energie, nachhaltiges Wirtschaften sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Anschließend verabschiedete er den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, Karl Lamers MdB a.D.

Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft präsentierten anschließend Beiträge zum Thema Nachhaltigkeit und beleuchteten jeweils unterschiedliche Aspekte und Perspektiven der Debatte.

Dr. Reinhard Loske, ehemals Wuppertal Institut, erläuterte in seinem Beitrag, wo wir 20 Jahre nach dem Erdgipfel in Rio stehen, was es mit der Grünen Ökonomie auf sich hat und dass seines Erachtens für die anstehende Große Transformation mehr als technologische Innovationen notwendig sind, sondern wir eine sozio-kulturelle Transformation vollziehen müssen.

Als Vertreter der Wirtschaft zeigte Dr. Wolfgang Große Entrup, Vorstandsvorsitzender von econsense – Forum nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V. – dass die Wirtschaft teilweise schon weiter ist als die inter-

ationale Politik und Nachhaltigkeit nicht nur als Verpflichtung, sondern durchaus als Chance begreift. Problemlösungen seien gefragt, um die großen Herausforderungen zu bewältigen.

Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde, unterstrich in seinem Beitrag, dass wir einen Epochenwechsel erreicht haben und ein neues Verständnis von Freiheit, Wohlstand und Verantwortung brauchen. Die Transformationsdebatte sei wichtig und die Politik müsse gestalten, statt nur auf Krisen zu reagieren.

Olaf Tschimpke, Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung und Bundesvorsitzender des NABU, zog eine Bilanz der Rio+20-Konferenz und zeigte auf, welche Schlussfolgerungen sich daraus für den Nachhaltigkeitsprozess in NRW und Deutschland ergeben.

Rainer Deppe, Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag NRW, betonte die durch den Erdgipfel angestoßenen, positiven Entwicklungen und wies auf die Wichtigkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik hin. Er wünschte sich, Diskussionen offen zu führen, und begrüßte Tagungen dieser Art mit der Beteiligung aller Fraktionen.

## 7 Zusammenfassung der Tagung

Die Nachhaltigkeits-Diskussion führten Rainer Deppe und weitere Mitglieder der anderen Fraktionen im Landtag – Henning Höne (FDP), Hans Christian Markert (Bündnis 90/Die Grünen), Norbert Meesters (SPD) und Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) – anschließend in einer Gesprächsrunde fort. Dabei wurde unter anderem die gleichberechtigte Betrachtung der drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Soziales, Wirtschaft – thematisiert sowie die Frage, wie die Menschen für Nachhaltigkeit begeistert werden können.

Den Nachmittag eröffnete Bernd Tischler, Oberbürgermeister der Stadt Bottrop, mit einer Präsentation der „InnovationCity Ruhr – Modellstadt Bottrop“, wo ein Quartier mit ca. 70.000 Bewohnern nachhaltig, insbesondere klimafreundlich umgebaut werden soll. Zielvorgabe ist eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 50 Prozent bis 2020. Das Projekt versteht sich als Modell für die Umsetzung der Energiewende von unten und soll auf andere Städte übertragbar sein.

In vier parallelen Workshops vertieften die Teilnehmenden anschließend die Schwerpunktthemen der Tagung:

### ■ **Klima und Energie**

Prof. Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut stellte die wissenschaftlichen Fakten bezüglich Klimaschutz und Energiewende sowie die aktuellen Planungen zum Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan NRW dar. Prof. Gunnar Still von ThyssenKrupp zeigte auf, welche Herausforderungen und Chancen sich daraus für ein energieintensives Unternehmen ergeben. Klaus Müller von der Verbraucherzentrale NRW erläuterte, wie die Verbraucher/innen auf den Weg der Nachhaltigkeit mitgenommen werden können.

### ■ **Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW – Gut aufgestellt für die Zukunft**

Jiska Troppenz, Marianne Middendorf und Dodo Schulz stellten Struktur und Aufgaben der im September 2012 eingerichteten Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BnE-Agentur) vor. Im ergänzenden „Open Space“ sammelten die Workshop-Teilnehmenden erste Impulse und Anregungen zur systematischen Verankerung und breiten Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Bildungsbereichen.

### ■ **Nachhaltiges Wirtschaften**

Wie Unternehmen in NRW das Thema Nachhaltigkeit auffassen und umsetzen, stand im Fokus dieses Workshops. Peter Stamm von der WILO SE und Thomas Westphal von der Wirtschaftsförderung metropoluhr

GmbH stellten ihre Ansätze in diesem Bereich vor und diskutierten mit den Teilnehmenden.

### ■ **Lokale Agenda – Strategie Nachhaltigkeit**

Praxiserfahrungen aus der Lokalen-Agenda-Arbeit standen im Mittelpunkt dieses Workshops: Louisa Kistemaker von der LAG 21 NRW stellte die Ergebnisse der Studie „Rio+20 NRW“ vor, Ariane Bischoff, Agenda-21-Beauftragte von Solingen, berichtete von den Erfolgen der Agenda-Aktivitäten in ihrer Stadt und Ludwig Holzbeck, Kreis Unna, beschrieb den Prozess der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie auf Kreisenebene. Zudem präsentierte Philipp Reus von den Jusos Gronau Ideen zur Motivation der jungen Generation.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung, hob in ihrem Vortrag hervor, wie wichtig die Vermittlung von Gestaltungskompetenz, Werten und Zuversicht in Zukunfts- und Nachhaltigkeitsfragen in den Schulen ist. Bildung für nachhaltige Entwicklung sieht sie als Persönlichkeitsbildung und Erziehung zur Demokratie in einer Gesellschaft der Vielfalt. Nachhaltigkeit sei keine Bürde, sondern mache Freude.

Verkehrs- und Städtebauminister Michael Groschek schilderte in seinem Vortrag die Herausforderungen und Chancen, die sich für Stadtteilentwicklung und Verkehrsplanung im Nachhaltigkeitskontext ergeben, angefangen von der Bürgerbeteiligung bis hin zu neuen rechtlichen Instrumenten für die energetische Gebäudesanierung.

In einer weiteren Gesprächsrunde tauschten sich Dr. Lale Akgün, Gruppenleiterin für Internationale Angelegenheiten bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Esche von der Bertelsmann Stiftung sowie Dr. Hermann Ott, Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen), zu den Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes- und europäischer Ebene sowie zur Eine-Welt-Strategie NRW aus. Sie waren sich einig, dass es angesichts der globalen Herausforderungen dringend geboten sei, Nachhaltigkeitskonzepte auf allen Ebenen in die Tat umzusetzen.

Udo Paschedag, Staatssekretär des MKULNV, hatte das letzte Wort und schloss die Tagung mit einem Resümee der diskutierten Themen. Er bedankte sich für das große Engagement der Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft sowie der Landesministerien und stellte in Aussicht, dass in Zukunft jährliche Tagungen zu den vielfältigen Nachhaltigkeits-Themen stattfinden sollen.



## Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen

### Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Nachhaltigkeit ist – so steht es auch im Koalitionsvertrag – das **Leitprinzip** unseres Handelns. Dabei ist es wichtig, konkret und präzise zu werden. Wir brauchen keine wohlklingende, aber letztlich unverbindliche Nachhaltigkeitsrhetorik. Sondern wir müssen den Nachhaltigkeitsbegriff auf unsere Lebenswirklichkeit in NRW beziehen und mit Leben füllen! Das ist der Sinn dieser Tagung und ich danke Ihnen, dass Sie daran mitwirken wollen. Wir wagen heute zum einen eine Bestandsaufnahme zu 20 Jahren Rio- und Nachhaltigkeitsprozess in Nordrhein-Westfalen. Zum anderen wollen wir – auch unter Berücksichtigung der Impulse der UN-Konferenz Rio+20 – neue Ansätze für die zukünftigen Nachhaltigkeitsaktivitäten in Nordrhein-Westfalen entwickeln.

**„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“** Dieser Satz von Mahatma Gandhi ist brandaktuell. Wir leben auf großem Fuß – auf **zu großem** Fuß. Das macht der sogenannte **Global Footprint** auf eindringliche Weise klar: Würden alle Menschen unseren Lebensstil in den reichen Industrieländern kopieren, bräuchte die Menschheit drei Erden, um ihren Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken.

Das wirft zentrale Fragen auf: Wie sichern wir Boden, Wasser und Luft, Tiere, Pflanzen und Rohstoffe für die nachfolgenden Generationen? Wie können wir das Weltklima im Gleichgewicht halten? Wie schaffen wir humane Entwicklungsmöglichkeiten für alle Länder auf dieser Erde, die ökologisch verträglich sind und die natürlichen Ressourcen schützen? Auf diese globalen Fragen müssen wir globale, aber auch nationale und regionale Antworten finden!

#### **Thema: Lokale Agenda**

Deshalb haben wir uns vorgenommen, den Agenda-21-Prozess neu zu beleben und eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten. Einige Schwerpunkte dafür sind bereits durch die internationale Nachhaltigkeitsagenda und den Koalitionsvertrag gesetzt, z.B. die Themen Klimaschutz/Energie, Green Economy, biologische Vielfalt, Generationengerechtigkeit, nachhaltige öffentliche Finanzen und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Zu einigen dieser Themenbereiche werden wir heute Beiträge hören und Diskussionen führen.

Der Nachhaltigkeitsprozess NRW soll aber natürlich nicht nur die Aktivitäten der Landesregierung umfassen. Innova-

tive Strategien lassen sich am besten vor Ort entwickeln, dort, wo die Menschen leben und arbeiten, wo sie Veränderungsprozesse direkt erfahren und mitgestalten können. Mit dem 1992 in Rio verabschiedeten Aktionsprogramm Agenda 21 wurde den lokalen Akteuren eine besondere Verantwortung zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele zugeordnet. Dieser Herausforderung einer „Lokalen Agenda 21“ haben sich seitdem viele NRW-Kommunen in beeindruckender Qualität und trotz oft schwieriger Rahmenbedingungen erfolgreich gestellt.

Der aktuelle Zustand der kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse in NRW, ihre Stärken und Schwächen wurden jüngst in der **„Länderstudie zur Lokalen Agenda 21 und Nachhaltigkeitsprozessen in Nordrhein Westfalen“** durch die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW erhoben. An dieser Studie beteiligten sich 173 Städte und Gemeinden und 10 Kreise. Das Ergebnis: Klimaschutz und Klimaanpassung sind heute die überragenden Nachhaltigkeits-Aktionsfelder der Kommunen. Ermutigend ist: 86 Prozent der Interviewten in den Kommunen wünschen eine Stärkung der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene.

### **Thema: Klimaschutz und Energiewende**

Nordrhein-Westfalen ist das Industrie- und Energieland Nr. 1 in Deutschland und steht damit in besonderer Verantwortung für den Klimaschutz und eine Energieversorgung der Zukunft. Unser geplantes Klimaschutzgesetz wird erstmals verbindliche Klimaschutzziele definieren: die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990. Den Weg zu diesen Klimaschutzziele legen wir in einem **Klimaschutzplan** fest, und zwar gemeinsam mit den Kommunen, Energieversorgern, kleinen und mittelständischen Unternehmen, den Global Playern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Denn die Energiewende ist nichts für Einzelkämpfer, sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

### **Thema: Green Economy**

Die Energiewende ist für Nordrhein-Westfalen auch ökonomisch betrachtet eine Chance. Darauf hat Ministerpräsidentin Kraft in ihrer Neujahrsansprache 2012 hingewiesen: **„Wir haben beste Chancen, auf Märkten der Zukunft ganz vorne dabei zu sein (...). Diese Chancen gilt es gerade hier in Nordrhein-Westfalen zu nutzen.“** Bundesumweltminister Altmaier spricht gar von einem **„grünen Wirtschaftswunder“**. Ich teile diese Überzeugung: Klimaschutz made in NRW ist pure wirtschaftspolitische Vernunft! Wir haben in NRW große Potenziale auf dem Feld ressourcenschonenden Wirtschaftens. Viele Unternehmen bei uns leisten bereits ihren Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften – auch und gerade im Sinne ihrer eigenen Zukunftsfähigkeit. Wir wollen hier vonseiten der Landes-

regierung den richtigen Rahmen setzen, um die Transformation unserer Wirtschaftsstruktur zusammen mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten, aber auch mit unseren Kommunen hinzubekommen.

### **Thema: Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 bis 2014 zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erklärt. Alle Staaten sollen in dieser Zeit ihre Bildungssysteme auf Nachhaltigkeit ausrichten und die Kinder dieser Welt für den Umwelt- und Klimaschutz sowie eine faire Weltwirtschaftsordnung sensibilisieren. Auf dieser Grundlage hat die Landesregierung NRW eine landesweite Bildungsstrategie für nachhaltige Entwicklung verabredet. Unsere Zukunftsaufgabe wird sein, Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen zu verankern.

### **Der Kompass: Nachhaltigkeit**

Der globale Klimawandel, die weltweite Bedrohung der Artenvielfalt, die wachsende Weltbevölkerung und die damit verbundene steigende Nachfrage an Gütern zur Grundversorgung, Mobilität und Energie, ein zunehmender globaler Wettbewerb und eine weltweite Ressourcenknappheit – das sind die globalen Megatrends, denen wir uns in NRW offensiv stellen wollen. Als Kompass dient dabei das Prinzip Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit ist die Brücke, über die alle gesellschaftlichen Kräfte sich in der gemeinsamen Arbeit an der Zukunft miteinander verbinden können: Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Verbände, letztlich alle Bürgerinnen und Bürger einer vitalen Zivilgesellschaft. In diesem Sinne erhoffe ich mir von unserer Tagung viele neue Erkenntnisse und Impulse, die den Nachhaltigkeitsprozess in unserem Lande bereichern und voranbringen.



## Rio+20: Zwei Jahrzehnte „nachhaltige Entwicklung“ – und was nun?

**Dr. Reinhard Loske, ehem. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, MdB a.D., Bremer Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa a.D.**

### Wo stehen wir 20 Jahre nach Rio?

Wir leben in einem Zeitalter des sich beschleunigenden Wachstums. Egal, ob wir uns das Weltsozialprodukt anschauen, die Auslandsinvestitionen, die Bevölkerungsentwicklung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, den Wasserverbrauch, den Einsatz von künstlichen Düngemitteln, den internationalen Tourismus, die Anzahl der Automobile, die städtische Bevölkerung, den Papierverbrauch oder die McDonalds-Restaurants – es eskaliert!

Bislang galt das Argument, wenn wir nur hinreichend reich sind, können wir uns auch Umweltschutz leisten. Das ist eine große Illusion. Es mag stimmen in Bezug auf bestimmte technisch lösbare Dinge wie den Bau von Kläranlagen, Kraftwerksfilter oder den Einbau von Katalysatoren in unsere Autos. Wir werden, wenn wir reicher sind, sauberer – das ist nicht ganz falsch. Aber je reicher ein Land ist, desto größer ist der Ressourcenverbrauch und desto nicht-nachhaltiger ist es auch.

Neuer Leitindikator der Nachhaltigkeitsdebatte sind die „Planetaren Grenzen“. Wir operieren in verschiedenen Bereichen bereits weit jenseits der Grenzen der Nachhaltig-

keit, jenseits der Grenzen des Wachstums. Beim Klimawandel emittieren wir wesentlich mehr, als wir dürften, wenn wir die Aufnahmefähigkeit der Natur für klimaverändernde Spurengase und die Gerechtigkeit ernst nehmen würden. Aber auch beim Stickstoffkreislauf und im Bereich Biodiversitätsverlust operieren wir weit jenseits der Grenzen der Nachhaltigkeit. In anderen Bereichen – Versauerung der Ozeane, globales Frischwasser, Wüstenbildung – bewegen wir uns auf die Grenzen der Nachhaltigkeit zu. Und dass in einem Prozess des sich beschleunigenden Wachstums.

Sich dies vor Augen führend muss man sagen: 40 Jahre nach den „Grenzen des Wachstums“, 25 Jahre nach dem Brundtland-Bericht und 20 Jahre nach der Rio-Konferenz ist in allen relevanten Indikatoren – sei es Klimawandel, biologische Vielfalt, Ausbreitung von Wüsten, Überfischung der Meere oder Ressourcenübernutzung – die Situation ganz klar schlechter geworden.

Das ist ein Hinweis dafür, dass es uns als wohlhabender Gesellschaft nicht so leicht fällt, aus dem ressourcenverschlingenden Modell auszusteigen. Weil es uns allerlei

## 11 Rio+20: Zwei Jahrzehnte „nachhaltige Entwicklung“ – und was nun?

Annehmlichkeiten beschert: warmes Wasser fließt aus dem Wasserhahn, die Räume sind wohltemperiert, es ist Strom da, wir hören Musik oder telefonieren. Und vor allem: Diesem Entwicklungsmodell wird weltweit nachgestrebt. Es setzt den Standard. 1992 in Rio dachten wir, dass wir in 20 Jahren schon sehr viel weiter sein werden. Was die reine Empirie betrifft, ist das nicht der Fall, auch wenn es landauf, landab unendlich viele positive Entwicklungen gibt. Es gibt ein eigentümliches Paradoxon: Wir wissen unendlich viel mehr über die Zusammenhänge, aber haben große Probleme, das ins Handeln umzusetzen. Diese klaffende Lücke der kognitiven Dissonanz ist enorm.

### Zauberformel Grüne Ökonomie?

Viele in Wirtschaft und Politik sagen nun, wir brauchen eine Grüne Ökonomie oder ein Grünes Wachstum. Wenn die These „Wachstum“ heißt und die Gegenthese „Nachhaltigkeit“, dann kann die Synthese nur lauten: „nachhaltiges Wachstum“. Das ist natürlich nicht so einfach, wie wir alle wissen.

Was verstehen wir unter Grüner Ökonomie? Es kursieren verschiedene Definitionen, unter anderem vom UNEP und der OECD. Auf der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 einigte sich die Staatengemeinschaft – nach einem großen Streit – auf eine abschließende Definition:

**„Wir betonen, dass eine Grüne Ökonomie sowohl dazu beitragen sollte, die Armut zu bekämpfen, als auch ökonomisches Wachstum herzustellen, gleichzeitig die soziale Inklusion und menschliche Wohlfahrt zu verbessern, neue Jobmöglichkeiten und anständige Arbeit für alle zu schaffen, während gleichzeitig die gesunden Funktionen der Ökosysteme auf der Erde erhalten bleiben.“**

Für so etwas haben wir in der deutschen Sprache ein Wort: die eierlegende Wollmilchsau. Dieses süße Tierchen gibt es nicht. Deshalb gibt es eine Menge – zum Teil berechtigter, zum Teil unberechtigter – Kritik an dem Konzept.

### Zunächst die positiven Perspektiven:

- 1) Nachhaltige Entwicklung ernst zu nehmen, bedeutet vor allem ein Ergrünen der Ökonomie! (Dieses Argument steht an erster Stelle im politischen Diskurs.)
- 2) Wenn sich Umweltinteressen und Wirtschaftsinteressen verbünden (statt sich feindlich zu begegnen), ist das von wechselseitigem Nutzen. („Win-win“)
- 3) Grüne Wirtschaftsstrategien (Energie- und Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien, Emissions- und Abfallvermeidung) haben viele positive Sekundäreffekte: von verbesserter Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bis zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Kosteneinsparungen.

- 4) Bis auf weiteres bedeutet „Grüne Ökonomie“ – zumindest in den Entwicklungsländern – „Grünes Wachstum“! Die Sorge der Entwicklungsländer, man wolle ihnen Möglichkeiten abschneiden, ist nicht berechtigt.

### Dagegen die kritischen Perspektiven:

- 1) Vor allem von den Regierungen der Entwicklungsländer vertreten: Die Industrieländer haben die „schmutzige Phase“ ihrer Entwicklung hinter sich gelassen und fordern nun von den Entwicklungsländern, dass sie im internationalen Wettbewerb hohe Umweltstandards einhalten. Das sei nicht fair und außerdem Protektionismus durch die Hintertür. Dieses Argument ist politisch sehr wirkungsmächtig.
- 2) Von Protagonisten der Gemeinschaftsgüter-Idee: Die natürlichen und menschengemachten (z.B. Infrastrukturen für Energie, Wasser, Transport und Stoffströme) Gemeinschaftsgüter gehören den Menschen und nicht den Märkten. Wir sollten uns gegen die Illusion der marktgetriebenen „ökologischen Modernisierung“ zur Wehr setzen und statt dessen politische Kooperationslösungen für die Umweltprobleme suchen.
- 3) Von Wachstumskritikern: Wirklich nachhaltige Entwicklung und permanentes Wirtschaftswachstum sind nicht vereinbar. Alle technischen Effizienzgewinne werden durch quantitatives Wachstum früher oder später aufgezehrt. Dieser Rebound-Effekt zeigt, dass grünes Wachstum eine Illusion ist. Was wir brauchen, ist nicht nur bessere Technologie, sondern auch Lebensstilwandel, kultureller und institutioneller Wandel. Letzten Endes geht es darum, gesellschaftliche Wohlfahrt neu zu definieren. Diese Argumentation fällt auch in Deutschland zunehmend auf fruchtbaren Boden.

### Die sozio-kulturelle Transformation

Die gewaltige Große Transformation, vor der wir stehen, ist also nicht nur eine Sache der Technologie. Sondern es geht auch um Kulturwandel und soziale Innovation, Lebensstilwandel, institutionellen Wandel, Wandel in den internationalen Beziehungen und die Förderung von Resilienz (Robustheit).

### Technologie:

Von erneuerbaren Energien, über Kreislaufwirtschaft bis zur Ressourceneffizienz – Technologie ist fraglos ein prioritäres Thema für die Politik. Gerade ein technologiebasiertes Land wie NRW hat hier enorme Potenziale, darauf hat Minister Rammel bereits hingewiesen.

### Kulturwandel und soziale Innovation:

Es passiert im Moment unter Überschriften wie „Transition Towns“, „Pfleger der Gemeinschaftsgüter“ oder „Energie-

genossenschaften“ unglaublich viel. Diese sozialen Innovationen haben nach meiner Einschätzung empirisch das gleiche Entlastungspotenzial für die Umwelt wie Technologien. Beispiele sind gemeinschaftliche Nutzungsformen wie Car Sharing, gemeinschaftliche Wohnformen, öffentliche Gemeinschaftsgärten (urban gardening), Förderung immaterieller Werthaltungen und vieles mehr. Wir wissen zum Teil noch nicht, was dabei herauskommt, aber diese sozialen Innovationen haben ein enormes Potenzial.

### **Institutioneller Wandel:**

Es ist wichtig, klare quantitative Ziele festzulegen, auf die man hinarbeiten und von Zeit zu Zeit überprüfen kann, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Die Messung von Wohlstand kann nicht mehr ausschließlich auf den Indikator Bruttoinlandsprodukt setzen. Wir brauchen alternative Messindikatoren und es gibt bereits eine Fülle von Alternativen. Mindestens genauso wichtig ist, dass wir die öffentlichen Haushalte und das öffentliche Beschaffungswesen nachhaltig ausrichten.

### **Lebensstilwandel:**

Hier kann sich jeder vorstellen, was gemeint ist: eigenes Mobilitätsverhalten, Energieverbrauch, Fleischkonsum, eine Renaissance der Do-it-Yourself-Kultur, Dinge weitergeben, die man nicht mehr braucht, oder gemeinschaftlich nutzen. Technologie-Politik und sozialen Wandel gemeinsam zu betrachten ist auch forschungspolitisch interessant.

### **Wandel in den internationalen Beziehungen:**

Die Klimarahmenkonvention, die Biodiversitätskonvention und die Konvention zur Bekämpfung der Ausbreitung der Wüsten sind wichtig. Aber im Völkerrecht bestimmt der Langsamste das Tempo. Deshalb müssen wir parallel zu dieser langsamen Fahrspur des Völkerrechts Allianzen bilden. Europa verliert in den internationalen Verhandlungen rein quantitativ an Bedeutung, deshalb müssen wir mit einem qualitativen Modell des europäischen Sozialstaats und der Nachhaltigkeit unser internationales Selbstverständnis platzieren.

### **Förderung von Resilienz:**

Die Förderung der Fähigkeit, mit externen Schocks gut umgehen zu können, ist ein wichtiges Thema. Wir wissen heute, dass es einen Klimawandel geben wird und wir uns anpassen müssen. Aber müssen wir uns an eine leicht veränderte oder an eine extrem veränderte Welt anpassen? Klar ist, dass wir mehr Resilienz, mehr Robustheit, brauchen. Das ist bedeutend für die Infrastrukturplanung, die Stadtplanung und andere Bereiche wie z.B. soziale Sicherungssysteme, Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte. Wir müssen lernen, dass nicht jeder externe Schock wie das Wegbleiben von wirtschaftlichem Wachstum sofort zum Kollaps des Ganzen führt.

Wir stehen vor einer Großen Transformation. Die Frage ist nur, ob sie planvoll und vernunftgesteuert stattfindet, oder ob sie uns durch eskalierende Umstände aufgezwungen wird. Diese Große Transformation ist nicht nur eine technische Transformation, sondern mindestens ebenso sehr eine sozio-kulturelle Transformation.



# Verpflichtung oder Chance: Nachhaltigkeit und Wirtschaft

**Dr. Wolfgang Große Entrup, Vorstandsvorsitzender von econsense – Forum nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V., Leiter Konzernbereich Environment & Sustainability, Bayer AG**

Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen – Wege in eine nachhaltige Zukunft: So lautet das Motto der heutigen Veranstaltung. Ich freue mich sehr aus Sicht der Wirtschaft darzustellen, wie wir Nachhaltigkeit aufgreifen, gestalten und weiterentwickeln. Dazu werde ich einen Blick auf econsense, aber auch auf mein eigenes Unternehmen, die Bayer AG, werfen.

## Aufgaben und Ziele von econsense

Unter den 33 global agierenden Mitgliedsunternehmen von econsense findet man das **Who is Who** der deutschen Industrie. Wir wollen gemeinsam Nachhaltigkeit ausgestalten. Insbesondere geht es um die Integration von Nachhaltigkeit in Wertschöpfungsketten sowie die Messbarkeit von Nachhaltigkeit. Wir brauchen Indikatoren, an denen wir uns messen können. Aber sie müssen transparent sein und in der Ausgestaltung Sinn machen. So lassen sich Unternehmen vergleichen und für Weiterentwicklung begeistern, weil vielleicht ein Marktteilnehmer besser dasteht oder Kunden es einfordern.

Zahlreiche gesellschaftliche Gruppen interessieren sich dafür, wie wir Nachhaltigkeit in den Unternehmen konkret umsetzen. Wir arbeiten intensiv daran, Leitlinien für die Berichterstattung von Nachhaltigkeit zu entwickeln. Es gibt den positiven Trend, Nachhaltigkeits-Berichterstattung in die Geschäftsberichterstattung zu integrieren. Damit kommt zum Ausdruck, dass Nachhaltigkeit ein elementarer Bestandteil von unternehmerischen Prozessen ist.

Unsere aktuellen Schwerpunktthemen sind der demographische Wandel, Biodiversität, Ressourceneffizienz sowie die Verknüpfung von wirtschaftlichem Verhalten mit der Einhaltung von Menschenrechten. Die Mitgliedsunternehmen können ihre besten Beispiele zur Nachhaltigkeit auf der Website von econsense oder bei Veranstaltungen präsentieren und mit Stakeholdern aktiv diskutieren.

## Nachhaltigkeit als Verpflichtung oder Chance?

Für die Wirtschaft ist Nachhaltigkeit eine Verpflichtung in dem Sinne, dass wir dazu beizutragen, den ökologischen



Haushalt zu schonen und langfristig zu erhalten. Deswegen müssen Themen wie Ressourceneffizienz, Erhalt der Biodiversität und die Suche nach Alternativen für fossile Rohstoffe sehr ernst genommen werden und zu vermehrten Anstrengungen führen.

Ohne substantielle Beiträge der Wirtschaft lassen sich die großen Herausforderungen jedoch nicht lösen. Auf den Feldern Ernährung, Gesundheitsvorsorge, Wasserversorgung, Krankheitsbekämpfung, ressourcenschonende Mobilität und neue Formen der Energieversorgung sehen wir viele Firmen, gerade aus Nordrhein-Westfalen, ganz vorne. So ist es zutreffend zu sagen, dass Nachhaltigkeit eine große Chance ist, um mit neuen Technologien, Produkten und Dienstleistungen wachsende Märkte erfolgreich zu bedienen.

Beide Aspekte – Verpflichtung und Chance – sind demnach für die Industrie zutreffend. Es stimmt mich überaus optimistisch zu sehen, wie mehr und mehr Unternehmen Nachhaltigkeit als integralen Bestandteil betrachten, auch weil sich daraus Chancen in nationalen und internationalen Märkten ergeben.

## Nachhaltigkeit bei der Bayer AG

Für die Bayer AG gilt die Prämisse, dass Nachhaltigkeit aus dem Geschäft kommen muss. Aus diesem Verständnis heraus entwickeln wir an den Kundenbedürfnissen, Märkten und Trends orientierte Strategien zur Nachhaltigkeit. Im Gesundheitsbereich z.B. liegt der Schwerpunkt auf Familienplanung, Bekämpfung von Tropenkrankheiten oder Zugang zu innovativer medizinischer Versorgung, auch für Entwicklungsländer. Im Bereich Ernährung und Agrarwirtschaft geht es darum, Umweltauswirkungen des Anbaus zu minimieren, gleichzeitig ausreichend hochwertige und sichere Agrarprodukte bereit zu stellen sowie die biologische Vielfalt zu erhalten. Im Fokus des Kunststoffbereiches steht die Energieeffizienz, sowohl bei der Herstellung als auch bei den Produkten. Die Entkopplung von Energieeinsatz und wirtschaftlichem Wachstum ist für uns eine der größten Herausforderungen.

Mit diesen Beispielen möchte ich herausstellen: Wir müssen die Probleme nicht nur benennen, sondern uns ihnen stellen. Die Unternehmen tun dies bereits und werden es auch weiterhin tun. Ganz im Sinne von Verpflichtung und Chance.

# Epochenwechsel – die Leitidee der Nachhaltigkeit aus Sicht der Umwelt- und Naturschutzverbände

**Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages und Parlamentarischer Staatssekretär im BMU a. D.**

Als Sachverständiger für die Umwelt- und Naturschutzverbände in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages nehme ich Stellung vor allem zu dem Ergebnis der Projektgruppe 3, die sich mit der Entkoppelung des Naturverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum beschäftigt und die Leitidee der Nachhaltigkeit konkretisiert hat.

Der Ausgangspunkt ist, dass wir nach Auffassung von Paul Crutzen, Nobelpreisträger für Chemie, nicht mehr im Zeitalter des Holozän leben, sondern im Anthropozän, weil der Mensch zum entscheidenden Treiber geo-ökologischer Prozesse geworden ist. Doch wir erreichen die ökologischen Grenzen des Wachstums, die Natur schlägt zurück, wie wir an der bedrohlichen Zerstörung der Biodiversität, der Überlastung der natürlichen Senken und der zunehmenden Knappheit der natürlichen Ressourcen erleben.

In den letzten 44 Jahren hat sich die Weltbevölkerung verdoppelt, der Energieeinsatz verdreifacht und der Ausstoß der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen vervierfacht. Die moderne Menschheit ist auf dem Pfad der ökologischen Selbsterstörung. Mit den ökologischen Grenzen des Wachstums sind gewaltige gesellschaftliche Herausforderungen verbunden, aber wir tun kaum etwas, außer als auf den technischen Fortschritt zu hoffen.

## Grenzen des Wachstums – Grenzen des Fortschritts?

Mit den Grenzen des Wachstums werden auch die Grenzen des bisherigen Modells von Fortschritt deutlich. Das hat in den letzten drei Jahrhunderten die Gesellschaften geprägt und die europäische Moderne zum Weltmodell gemacht. Ziele der Moderne waren Emanzipation, Freiheit und Gleichheit, der Weg dazu technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum.

Heute stoßen wir an Grenzen und Endlichkeit, doch die Fortschrittsidee hat sich vor allem in den letzten beiden Jahrhunderten umgekehrt in Weg und Ziel. Die gewaltige



Expansion des wirtschaftlichen Wachstums hat die Emanzipation zu einem abgeleiteten Ziel gemacht. Dieses Modell funktioniert in der radikal veränderten Welt des Anthropozän nicht mehr. Die große Aufgabe heißt, die Wachstumsfixiertheit und die Wachstumsabhängigkeit zu überwinden.

Das ist das, was die Umwelt- und Naturschutzverbände einen Epochenbruch nennen. Wir erreichen einen Wendepunkt, der uns alles abverlangt und an dem es allein mit technisch-ökonomischen Antworten keine Lösung gibt. Wir brauchen ein neues Verständnis von Freiheit, Wohlstand und Verantwortung.

## Welchen Weg müssen wir gehen?

Die Enquete-Kommission hat einige wichtige Punkte gesetzt. Zum ersten Mal warnt der Bundestag insgesamt vor den ökologischen Grenzen des Wachstums. Der Bericht fordert keine relative, sondern eine absolute Entkoppelung. Er geht weg von dem falschen Begriff der Umwelt und spricht von natürlicher Mitwelt. Wir beschreiben ausführlich den Rebound-Effekt, insbesondere wenn er zu einer Überkompensation (Backfire) wird.

Der entscheidende Streitpunkt liegt weiterhin in der Frage, ob wir heute „nur“ einen der bekannten Anpassungsprozesse erleben, diesmal hin zur Globalisierung und Digitalisierung der Welt, oder ob wir im Übergang zu einer völlig neuen Epoche sind, die auch grundlegend neue Antworten verlangt. Hier liegen wir in der Enquete-Kommission auseinander.

Wir orientieren uns an der Theorie der Großen Transformation, die der Wiener Wirtschaftsanthropologe Karl Polanyi 1944 vorgelegt hat. Wir wissen aber auch, dass sie heute anders aussehen muss als nach der Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft – darum geht es auch heute – zur Marktgesellschaft im letzten Jahrhundert. Heute müssen die Regulationsformen weit über den Nationalstaat hinausgehen und eine Antwort auf die soziale und ökologische Entbettung der globalen Marktprozesse geben. Insofern geht es um weit mehr.

Der Bericht gibt wichtige Impulse. Es ist an der Zeit, die längst überfällige Debatte in aller Breite zu führen. Deshalb ist diese Tagung wichtig, um gerade in dem „alten Industrieland“ NRW eine Transformationsdebatte zu führen. Bisher reagiert die Politik auf die multiplen Krisen unserer Zeit, aber sie muss gestalten und die sozial-ökologische Transformation organisieren.

# Nach Rio+20: Schlussfolgerungen für Deutschland

**Olaf Tschimpke, Stellvertretender  
Vorsitzender des Rates für Nachhaltige  
Entwicklung, Präsident des NABU**

## Stand der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte

Die vor 20 Jahren in Rio beschlossenen Konventionen wirkten als ein Leitbild und erzeugten eine weltweite Aufbruchstimmung. Davon war dieses Jahr in Rio nichts mehr zu spüren. Vielmehr schaute die internationale Staatengemeinschaft nur darauf, dass keiner zu viele Vorteile gewinnt. Es wurde auch klar, dass Europa nicht handlungsfähig ist und es somit keinen Treiber für eine weitere Entwicklung mehr gibt. Trotzdem sehe ich aber auch eine Reihe von Chancen für die nächsten Jahre. So müssen wir es schaffen, unterhalb der internationalen Rahmengesetzgebung durch bilaterale Kooperationen und ein eigenes Vorbild vorwärts zu kommen. Europa kann hier als neuer Partner begriffen werden, wenn wir lösungsorientiert arbeiten und mit gutem Beispiel vorangehen.

Die entscheidende Frage bei der **Grünen Ökonomie** ist, ob sie weiterhin nur als Grünes Wachstum oder wirklich als Grüne Ökonomie begriffen wird. Es gibt Obergrenzen beim Verbrauch natürlicher und fossiler Ressourcen, die unbedingt eingehalten werden müssen. Dies bedeutet, dass alle Anstrengungen auf eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs fokussiert werden müssen, vor allem in den Industrieländern.

Der zweite wichtige Bereich neben der Grünen Ökonomie sind die **Nachhaltigkeitsziele**. Den Millenniums-Entwicklungszielen zur Armutsbekämpfung aus dem Jahr 2000 sollen nun bis 2015 Nachhaltigkeitsziele folgen, die für alle Länder gelten. Es ist richtig und wichtig, dass sich Deutschland an diesem Prozess beteiligt. Denn wir könnten ein Muster für eine Gesellschaft sein, die genügsam mit Naturressourcen umgeht und trotzdem Wohlstand hat.

Der **institutionelle Rahmen** für die internationale Nachhaltigkeitspolitik ist immer noch miserabel. Dass bis zum heutigen Tag keine schlagkräftige UN-Umweltorganisation etabliert wurde, ist ein eklatantes politisches Versagen. Es hat in den letzten Jahren zwar einige Verbesserungen gegeben, aber insgesamt hätte es substantiell mehr sein können und müssen.

## Für Deutschland gilt: Handeln statt reden

Wenn es darum geht, die Bemühungen um Effizienz und Suffizienz auf europäischer Ebene voranzutreiben, gehö-



ren wir in Deutschland immer eher zu den Bremsern. Hier fallen das tatsächliche Bewusstsein, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und das aktive politische Handeln auseinander. Dies muss sich zukünftig ändern.

Dabei ist der Abbau nicht nachhaltiger Subventionen ein hochaktuelles Thema. Öffentliche Gelder dürfen in Zukunft nur noch für Gemeinwohlleistungen eingesetzt werden. Hier ist ein klares Umsteuern erforderlich. Bei der Frage der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung haben sich Bund und Länder nun zumindest auf den Weg gemacht, das wird hoffentlich eine Sogwirkung auf alle Bereiche der Gesellschaft entwickeln. Die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist nicht ambitioniert genug und schreibt nur auf Dauer fest, was wir bereits an Recyclingquoten haben. Gerade erleben wir bei der Diskussion um die Wertstofftonne, dass sich die öffentlichen und privaten Entsorger wie die Kesselflicker streiten, anstatt an einer tragfähigen Lösung zu arbeiten. Auch das ist noch nicht nachhaltig und zukunftsorientiert. Wir brauchen außerdem ein neues Verständnis von Wachstum und volkswirtschaftliche Kriterien dafür. Die Umwelt- und sozialen Bilanzen müssen sich auch und gerade in den Unternehmensbilanzen wieder finden, um eine internationale Steuerung zu ermöglichen und zu sehen, wer wirklich nachhaltig arbeitet.

Ich darf das Land Nordrhein-Westfalen, auch im Namen des Rates für nachhaltige Entwicklung, dazu beglückwünschen, dass es nun eine umfassende Landesnachhaltigkeitsstrategie vorgelegt hat. Ich finde es auch vorbildlich, dass Sie ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht haben. Ich höre ja, dass es auch Kritik gibt. Aber: Wer sich keine Ziele setzt, wird sie schlichtweg auch nicht erreichen. Es ist daher ein notwendiger, wenn auch nicht ausreichender Schritt, bei dessen weiterer Umsetzung ich Ihnen viel Erfolg wünsche!

Wir sollten mit Mut eigene Wege gehen und zu den Vorreitern gehören. Wir dürfen nicht weiter zu Lasten unserer Kinder leben, die ökologische, soziale und ökonomische Schuldenlast ist heute schon erdrückend. Es gilt, Nordrhein-Westfalen und Deutschland durch eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie zukunftsfähig zu machen. Das ist kein Nachteil für dieses Land, sondern eine riesige Chance. Und die Einzige, die wir haben.



## Nachhaltigkeit in NRW aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion

**Rainer Deppe, CDU-Fraktion im Landtag NRW**

Wie war das eigentlich 1992, als die Konferenz in Rio stattfand? Ich erinnere mich daran, dass für uns ganz andere Themen im Vordergrund standen. Es war kurz nach der Wiedervereinigung, nach dem Fall der Mauer, dem Sieg der Freiheit über die sozialistischen Diktaturen des Ostblocks. Das hat unsere Aufmerksamkeit in Europa sehr stark in Anspruch genommen. Dann kam Rio und es entwickelte sich eine große Öffentlichkeit um die Konferenz.

### Auf einem guten Weg

Was hat dieses Ereignis nicht alles angestoßen: Alle Bundesregierungen haben, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, in die gleiche Richtung gearbeitet. Wir haben überall in Deutschland Agenda-21-Gruppen, -Prozesse und -Beschlüsse in den Kommunen. Der Begriff hat in unserer Gesellschaft Fuß gefasst und wird ernst genommen. Ich begrüße es auch sehr, Herr Minister Remmel, wenn Sie im jährlichen Rhythmus Konferenzen in dieser Art wiederholen und die Landtagsfraktionen dabei einbeziehen.

Wir haben viel erreicht in den 20 Jahren. Beim Thema Energie- und Ressourceneffizienz sind wir erheblich weiter gekommen und erzeugen heute 25 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Ein Wert, den man vor 20 Jahren als illusorisch bezeichnet hätte. Es ist eine Erfolgsgeschichte, auf die wir zu Recht stolz sein können. Ich bedaure es, dass wir in Nordrhein-Westfalen noch ein ganzes Stück davon entfernt sind – hier müssen wir den Rückstand zu anderen Ländern aufholen. Der Umstieg von der ressourcenverbrauchenden zu ressourcenschonenden oder sogar -neutralen Wirtschaftsweise wird sich am Ende auch bei uns durchsetzen. Wir sind auf einem guten Weg, auch wenn es immer wieder Rückschläge gibt.

Ein Bereich wurde heute überhaupt nicht erwähnt, nämlich die Finanzpolitik. Denn Nachhaltigkeit umfasst natürlich auch die finanziellen Ressourcen, die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen. Es ist meiner Meinung nach nicht nachhaltig, dass der Staat seit 40 Jahren jedes Jahr mehr

ausgibt als er einnimmt. Wir dürfen das Thema Nachhaltigkeit nicht verengen auf einen rein ökologischen Begriff, sondern er muss alle Bereiche der Gesellschaft umfassen. Es wäre Aufgabe des Staates und der Allgemeinheit, dass unsere Generation die Lasten nicht in die nächste Generation verschiebt.

### Diskussionen offen führen

Wir sollten uns frei machen von Absolutheitsansprüchen und nicht gegenseitig unterstellen, keine Nachhaltigkeit zu wollen. Es ist leider die Quadratur des Kreises oder das Erreichen scheinbar widersprüchlicher Dinge. Es wird zu jeder Zeit wieder unterschiedliche Themen und auch unterschiedliche Antworten geben. Zum Klimaschutzgesetz NRW: Es wäre doch fatal, wenn dieses Gesetz zur Folge hätte, dass Produktion nicht hier bei uns effizienter, ressourcenschonender oder weniger schadstoffemittierend stattfindet, sondern über Grenzen verlagert wird, die Emissionen dort erfolgen und die Produkte dann später zu uns zurückkommen. Da kann man zu unterschiedlichen Bewertungen kommen und wir sollten mutig sein, diese Diskussion zu führen.

Immer wieder auch hat die Menschheit neue Erkenntnisse gewonnen und genutzt, nehmen Sie nur die Erfolgsgeschichte der Solarwirtschaft. Wir wären verrückt, wenn wir auf dem heutigen Erkenntnisstand stehen blieben und technische Möglichkeiten nicht nutzen würden. Natürlich sind dafür Eingriffe in den Naturhaushalt notwendig. Deshalb lohnt es sich, immer wieder zu diskutieren: Welche Veränderungen sind zur Erreichung unserer eigenen Bedürfnisse erforderlich, aber welche Veränderungen können wir auch verantworten, um die Bedürfnisse der nachfolgenden Generationen nicht zu gefährden?

Ich freue mich, wenn wir diese Diskussion sachlich und mit großem Interesse weiter führen können. Die CDU wird sich daran engagiert beteiligen.



Rainer Deppe, Henning Höne, Hans Christian Markert, Hanns-Jörg Rohwedder, Norbert Meesters (v.l.n.r.)

## Gesprächsrunde mit Vertretern der Fraktionen im Landtag NRW

### Teilnehmer:

**Rainer Deppe, MdL CDU**

**Henning Höne, MdL FDP**

**Hans Christian Markert, MdL Bündnis 90/Die Grünen**

**Norbert Meesters, MdL SPD**

**Hanns-Jörg Rohwedder, MdL PIRATEN**

**Moderation: Jürgen Döschner, WDR**

**Jürgen Döschner:** Herr Markert, eine Frage aus dem Publikum: Wie schaffen wir es, mit diesem Thema nicht nur die 10 Prozent „Avantgarde“ zu erreichen, sondern auch die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung? Welche Vorschläge haben Sie?

**Hans Christian Markert:** Diese Veranstaltung zeigt, dass wir hier die Breite der Gesellschaft abbilden. Wenn wir den Umbau der Industriegesellschaft angehen, kann das nur gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen als eine gemeinsame Jahrhundertaufgabe gelingen. Die Menschen lassen sich begeistern und sie sind zum Teil schon weiter als die Politik, ebenso wie die Wirtschaft. Da sind die Grenzen des Wachstums angekommen, weil die Rohstoffe zur Neige gehen.

Nehmen sie die Schlüsselindustrie Chemie, die noch zu 70 Prozent abhängig vom Erdöl ist. Es gibt zwei spannende Ansätze: Die Chemie kann den Weg in das Wasserstoffzeit-

alter gehen und eine entscheidende Säule beim Gelingen der Energiewende werden, wenn sie über die Elektrochemie Speicher liefert. Ein zweiter Bereich ist das Lernen von der Natur – Biomimetik. Spinnen zum Beispiel produzieren eine Faser, die jeder synthetischen Faser überlegen ist. Durch den Einsatz der Faser können sogar Hauttransplantationen vermieden werden. Auch bei der Automobilindustrie, einer weiteren Schlüsselindustrie, können wir die Leute mitnehmen. Automobilhersteller sollten heute Mobilitätsdienstleister werden und nicht mehr schwere Karossen produzieren, die mit 1,5 Tonnen 300 kg Menschen durch die Gegend fahren – mit Elektrostrom, der aus Kohlekraftwerken kommt.

**Jürgen Döschner:** Eine Zwischenfrage zur Gegenwart: Gibt es nachhaltige Kohlekraftwerke?

**Hans Christian Markert:** Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, können wir nicht dauerhaft auf fossile Brenn-

stoffe setzen. Ich würde die Frage anders stellen: Gibt es eine Möglichkeit, die Energieversorgung dezentraler zu gestalten, indem wir effizientere Technologien einsetzen? Wenn Sie ein Blockheizkraftwerk mit Kohle betreiben und es gleichzeitig Wärme und Strom produziert, kann es effizienter sein als Braunkohlewerke, die 60 Prozent Abwärme an die Umwelt abgeben.

**Jürgen Döschner:** Herr Höne, wir haben vorhin von Herrn Große Entrup gehört, dass auch die Industrie Nachhaltigkeit als Chance begreift. Ihr Parteivorsitzender hier in NRW, Christian Lindner, bezeichnete das Klimaschutzgesetz als klimapolitisch unwirksam und gefährlich für Arbeitsplätze. Sind Sie inzwischen so weit abgerückt von den Interessen der Industrie?

**Henning Höne:** Nein. Unsere Angst ist, dass die Landesregierung mit dem Klimaschutzgesetz neue Investitionen verhindert oder verschiebt, ohne unter dem großen Doppelstrich dem Klima zu helfen. Es wurde bereits angesprochen, dass eine Produktionsverschiebung hier Arbeitsplätze kostet. Das ist ein zentraler Punkt: Ich kann keine Akzeptanz für die Energiewende oder mehr Klimaschutz schaffen, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind. Wir sollten eher auf zwischenstaatlicher Ebene bessere Ziele vereinbaren und umsetzen, zum Beispiel über den Zertifikatehandel. Ich halte dieses Instrument für deutlich wirksamer, als über eine reine Verhinderung zu gehen.

Da sind wir beim Thema Wachstum, das mir persönlich über viele Strecken viel zu pessimistisch betrachtet wird. Wachstum lässt sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ bewerten, zum Beispiel über den technischen Fortschritt. Ein Blick zurück auf die Errungenschaften der letzten 50 Jahre stimmt optimistisch: Über technischen Fortschritt und Weiterentwicklung können wir doch viel mehr erreichen, als wir uns das heute zu träumen wagen.

**Jürgen Döschner:** Herr Rohwedder, auf [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) haben Sie Kohlekraftwerke als „Giftmüllverbrennungsanlagen unter falscher Flagge“ bezeichnet und sich gegen Kohleverstromung ausgesprochen. Ist das ein Punkt, wo es Einigkeit innerhalb der PIRATEN-Partei gibt?

**Hanns-Jörg Rohwedder:** In diesem Punkt sind wir uns einig, das ist aus dem Wahlprogramm 2010. In Kohlekraftwerken werden Stoffe mit verbrannt, die aus der chemischen Produktion als Abfallstoffe hervor gehen.

Aber ich möchte auf das eingehen, was von den Vorrednern gesagt oder auch nicht gesagt wurde. Wir haben drei Säulen der Nachhaltigkeit: Die ökologische ist hier sehr ausführlich beleuchtet worden, zur wirtschaftlichen wurde nicht ganz so viel und zur sozialen Nachhaltigkeit fast gar nichts gesagt. Wir haben Zeitarbeit und Menschen, die Vollzeit arbeiten und trotzdem mit Hartz IV aufstocken müssen. Wir haben unsere Arbeitslosigkeit nach Südeuropa exportiert, weil wir durch die Lohndrückerei billig produzieren konnten. Und weltweit hat sich die Zahl der verhungerten Kinder in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Das ist keine nachhaltige Sozialpolitik.

Wir brauchen andere Konzepte und müssen aufhören, an den Symptomen herumzuflicken. Das kann die Berufspolitik alleine nicht leisten, da brauchen wir die „Weisheit der Massen“, die großen Organisationen, die sich schon seit langem mit den Themen befassen, wie der NABU. Aber auch die vielen kleinen und kirchlichen Organisationen.

**Jürgen Döschner:** Eine Frage aus dem Publikum: Wie können diese vielen einzelnen Initiativen in Sachen Nachhaltigkeit miteinander ins Gespräch gebracht und vernetzt werden?



**Hanns-Jörg Rohwedder:** Durch Vernetzung! Es gibt die Agenda 21 und auch andere Netzwerke, die die Initiativen bereits selber gebildet haben. Das geht mit den modernen Hilfsmitteln, die wir heute haben, viel einfacher: Früher mussten wir Briefe schreiben und telefonieren, heute haben wir das Internet. Das ist eine große Chance und die nutzen wir auch eifrig.

**Jürgen Döschner:** Herr Meesters, die Landesregierung und Ihre Fraktion haben das Klimaschutzgesetz eingebracht. Darin steht unter anderem, dass bis 2020 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 25 Prozent reduziert werden soll. Im Bund gibt es für den gleichen Zeitpunkt die Zielmarke von 40 Prozent. Warum hinken Sie da so hinterher?

**Norbert Meesters:** Das Klimaschutzgesetz ist eine Chance, es ist eine Leitlinie, die wir aufzeigen. Die 25 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion berücksichtigen, dass wir Industriestandort und Energieland Nummer 1 in Deutschland sind, dem muss man Rechnung tragen. Außerdem haben wir aufgrund der Versäumnisse der schwarz-gelben Vorgängerregierung noch etwas aufzuholen im Bereich der erneuerbaren Energien, wie Herr Deppe vorhin bereits erläuterte.

Das geht nur im Dialog mit allen Beteiligten, wir müssen die Menschen mitnehmen. Deswegen gehört zu einer nachhaltigen Politik auch, dass die Menschen genügend Einkommen haben, sie von ihrer Arbeit leben können und eine gute Bildung haben – ein Bildungssystem, das die jungen Menschen befähigt, eine Perspektive zu entwickeln, eine Ausbildung und Arbeit zu bekommen. Auf dieser Grundlage kann man sich dann auch über ökologische und nachhaltige Prozesse Gedanken zu machen.

Nachhaltige Finanzen gehören auch dazu: Wir müssen unsere Haushalte in den Griff bekommen, das ist das Ziel dieser Koalition. Aber man muss intelligent sparen. Dort wo Ausgaben nötig sind, wie im Bildungssystem, müssen wir Geld einsetzen, damit es Wirkung zeigt.

**Jürgen Döschner:** Herr Deppe, Sie haben zugegeben, dass NRW hinterherhinkt. Warum sind Sie gegen den Versuch, mit dem Klimaschutzgesetz noch etwas aufzuholen?

**Rainer Deppe:** Der Hauptkritikpunkt ist, dass wir ein Gesetz beschließen, in dem fast nichts steht außer einer Zieldefinition. Das Ministerium berät unter Ausschluss des Parlaments in vielen Arbeitsgruppen den Klimaschutzplan. Der muss aber bekannt sein, bevor man eine Ermächtigung ausspricht. Der Weg ist verkehrt. Den zweiten Punkt hatte ich bereits erwähnt: Wenn das Klimaschutzgesetz dazu führt, dass Produktion verlagert wird, dann dient es weder dem Klima noch dem Wirtschaftsstandort.

**Jürgen Döschner:** Auch die anderen Teilnehmer der Runde sollen die Gelegenheit für ein kurzes Schlusswort bekommen, Herr Höne.

**Henning Höne:** Ich sehe die Gefahr, dass bei Nachhaltigkeit oft nur die Säule der Ökologie gesehen wird und die beiden anderen Bereiche – Ökonomie und Soziales – drohen, unter den Tisch zu fallen. Aber wir müssen an die Akzeptanz denken: Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, dazu beizutragen, den Lebensstandard der Menschen zu senken, nur um ein einzelnes Ziel zu erreichen. Das kostet uns Akzeptanz und hilft darum nicht weiter. Die drei Säulen müssen gleichberechtigt sein. Es darf nicht eine Säule, weil es gerade politisch opportun ist, bevorzugt werden.

**Hans Christian Markert:** Ich möchte die soziale Frage nochmals aufgreifen. Sozialpolitik in Zeiten der Transformation bedeutet Teilhabe. Wir müssen den überhöhten Eigentumsbegriff überdenken, gerade angesichts wachsender Schulden in öffentlichen und privaten Haushalten. Teilhabe an Mobilität heißt, ich habe die Möglichkeit, dort hin zu kommen, wo ich hin muss, aber mir muss das Auto nicht gehören. Das führt auch zu anderen Sozialstaatsmodellen, zur Bürgerversicherung oder einem Grundeinkommen, damit Teilhabe für alle möglich ist. Das wäre vielleicht eine Debatte für das nächste Jahr.

**Hanns-Jörg Rohwedder:** Ich kann das nur unterstreichen, was Herr Markert gesagt hat. Ich möchte, dass Gemeinnutz vor Eigennutz gilt. Die großen Konferenzen in letzter Zeit haben gezeigt, dass wir keine globale Lösung hinbekommen. Der alte Spruch „global denken, lokal handeln“ bewahrheitet sich wieder. Die Vernetzung muss von unten nach oben stattfinden, auf diesem Weg kommen wir weiter. Ich sehe nicht, dass es gelingen wird, Nachhaltigkeit von oben nach unten durchzusetzen.

**Norbert Meesters:** Wir wollen ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen entwickeln und das Klimaschutzgesetz ist der richtige Motor vor Ort. Der Klimaschutzplan wird mit vielen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert – ein sehr demokratischer Prozess, der auch auf unsere parlamentarische Ebene zurückgespiegelt wird, darauf legen wir großen Wert. In der ökologischen Modernisierung unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen steckt eine große Chance für alle Beteiligten, auch die Industrie. Das werden wir in den nächsten Jahren durch ganz praktische Ergebnisse zeigen können. Dem Rio-Prozess sind zu wenig Taten gefolgt, wir wollen das mit unseren Möglichkeiten in NRW ändern.



## Nachhaltigkeit made in NRW: Präsentation der InnovationCity Ruhr – Modellstadt Bottrop

**Bernd Tischler, Oberbürgermeister der Stadt Bottrop**

Um die Energiewende zu schaffen, müssen wir uns auf den Gebäudebestand der Städte konzentrieren. Der Gebäudebestand in Deutschland umfasst 3400 Mio. m<sup>2</sup>, im Vergleich dazu werden pro Jahr nur 20,3 Mio. m<sup>2</sup> Neubauten errichtet – das ist weniger als ein Prozent des Bestandes. Es würde also 150 Jahre dauern, wenn wir auf eine Auswechslung der Bestände allein durch Neubauten warten würden.

Dies hat den Initiativkreis Ruhr, ein Zusammenschluss von mittlerweile mehr als 70 sehr großen Unternehmen, dazu veranlasst, 2010 einen sehr anspruchsvollen Wettbewerb auszuschreiben: Er suchte nach der „Klimastadt der Zukunft“, einer Modellstadt, die Techniken, Produkte und Ideen für eine sehr markante CO<sub>2</sub>-Reduzierung – 50 Prozent bis zum Jahr 2020 – ausprobiert. Bottrop hatte unter 16 Bewerbern am Ende die Nase vorne. Auch weil wir es geschafft haben, das Thema sehr breit in unserer Bevölkerung zu verankern.

### Der Rahmen

Wir gründeten zusammen mit der Wirtschaft eine GmbH, die das Projekt steuert, die Kommunikation organisiert und zusammen mit der Stadt Teilprojekte voranbringt. Uns unterstützt das **Who is Who** der deutschen Industrie, mit erheblichen personellen und finanziellen Ressourcen. Unter Federführung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie arbeiten viele Hochschulen an der wissen-

schaftliche Begleitforschung der InnovationCity. Die Landesregierung hat eine interministerielle Arbeitsgruppe zusammengestellt, die uns sehr unterstützt und manchen Weg ebnet.

Im Pilotgebiet der InnovationCity leben 70.000 Menschen, es gibt 14.500 Gebäude, davon 12.500 Wohngebäude. Der Ausschnitt ist so gewählt, dass er auf andere Städte übertragbar ist, nicht nur in NRW oder Deutschland, sondern auch mindestens in Europa. Wir bearbeiten 100 Projekte in unterschiedlichen Themenfeldern und beschränken uns dabei nicht alleine auf Energieeffizienz oder Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die InnovationCity in Bottrop betrachtet auch Wohnen, Arbeiten, Mobilität und letztlich auch die Stadt als Lebensraum. Es geht um die Verbesserung von Lebensqualität in bestehenden Stadtstrukturen.

### Bürgerinnen und Bürger ins Boot holen

Ein Schlüssel für den Erfolg des Projektes ist es, unsere Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen und zu motivieren. Wir haben sehr aufwendig über 9000 Hausbesuche gemacht und die Menschen dazu ermuntert, in ein Beratungszentrum in der Stadt zu kommen. Dort erfahren sie, wie viel Energie sie in ihrem Gebäude verbrauchen, wie sie den Verbrauch senken können, was das kostet und wo es möglicherweise Zuschüsse oder Darlehen gibt, wann sich die Investition amortisiert und welche Unternehmen diese Arbeiten vornehmen können.

Diese Aktivierungsarbeit ist erfolgreich: Fast 900 andert-halb- bis zweistündige Beratungsgespräche fanden inzwischen statt und viele Gebäude wurden saniert. Wir gehen auch mit einem Info-Truck gezielt in die Quartiere und haben in der Innenstadt einen Info-Container aufgestellt, der besonders wichtig für den Erstkontakt ist. Im Beratungszentrum gibt es außerdem eine Ausstellung, in der sich Interessierte eine Wärmepumpe, unterschiedliche Dämm-Materialien und vieles mehr anschauen können. Wir müssen den Menschen etwas zum Anfassen geben, um sie für Investitionen zu gewinnen.

### Markante Projekte

Das **InnovationCity-Zukunftshaus** erzeugt nach einer energetischen Sanierung mehr Energie als es verbraucht. Wir organisieren gerade den Umbau eines Einfamilienhauses, eines Mehrfamilienhauses und eines Wohn- und Geschäftshauses in der Innenstadt. Zusammen mit unseren Industriepartnern möchten wir den Menschen zeigen, dass das Zukunftshaus funktioniert.

Die **Hochschule Ruhr West**, an der zudem Energiewirtschaft gelehrt wird, erhält derzeit einen Neubau. Als besondere Form der Energieversorgung wird dieses neue Campus-Gebäude demnächst ausschließlich mit Abwärme aus dem vorhandenen Kanalnetz beheizt.

Ein weiteres technisches Projekt ist das „**Dual Demand Side Management**“. Hier geht es um die gegenseitige Nachfragesteuerung von Energieerzeugung und Energieverbrauch auf Quartiersebene.

Über EDV-Systeme werden unterschiedliche Energieverbräuche miteinander abgeglichen, um erkennen zu können, wo im Quartier Energie nachgefragt wird, die sich möglicherweise direkt aus der Energieerzeugung im gleichen Quartier befriedigen lässt. So kommen wir zu dezentraler Energieerzeugung auf der Quartiersebene. Das Modell funktioniert in der Simulation perfekt. Wir gehen jetzt einen Schritt weiter, beziehen ein Gewerbegebiet und eine Kläranlage mit ein und werden das Modell im nächsten Jahr umsetzen.

Gewerbegebiete aus den 1950er und 1960er Jahren mit enormen Energieverbräuchen gibt es in allen Städten. Wir haben uns vorgenommen, die Unternehmen energetisch zu optimieren und Gewerbegebiete auch beim Thema Abwärmenutzung und Erzeugung von Energie zu nutzen und zu berücksichtigen. Wir müssen uns vom sektoralen hin zu einem ganzheitlichen Blick entwickeln, zumindest auf der Quartiers- und Stadtteilebene.

In einem für Deutschland einzigartigen Feldversuch versuchen wir, 100 Mikro-Kraftwärmekopplungs-Anlagen so miteinander zu vernetzen, dass das Stromnetz nicht über Gebühr belastet wird. Außerdem wollen wir ermitteln, wie viel Strom wir dezentral erzeugen und letztlich in die höheren Ebenen einspeisen können.

Ein Klärwerk möchten wir zu einem „Biokraftwerk“ machen, indem wir neben der heute schon praktizierten Klärschlamm-Nutzung die Windenergie und Elektrolyse einbeziehen. Überschüssige Energien können in die benachbarten Wohn- oder Gewerbegebiete eingespeist werden. Auch dieses Projekt ist finanziert und geht im nächsten Jahr an den Start.

### Die Blaupause

Die InnovationCity in Bottrop versteht sich als regionales Projekt. Wir möchten eine auf andere Städte übertragbare Blaupause entwickeln und haben dazu einen Masterplan in Arbeit. Mit unserem Modell können wir eine Energiewende von unten organisieren. Sie alle kennen die von oben organisierte Energiewende, mit den großen Systemen und Überlandleitungen, aber auch den großen Fragestellungen, die daran hängen. Wir versuchen das auf unserer Ebene – ein bisschen smarter, vielleicht auch ein bisschen intelligenter – und gehen neue Wege. Wenn uns die Umsetzung solcher Modelle in den Städten gelingt, können wir sehr selbstbewusst in die Zukunft blicken. Nach eineinhalb Jahren InnovationCity Ruhr ist die Stadt auf einem Höhenflug. Von NRW aus kann mit solchen Projekten ein schönes Signal Richtung Berlin und Europa gehen.



Prof. Manfred Fishedick, Prof. Gunnar Still, Klaus Müller (v.l.n.r.)

## Workshop 1: Klima und Energie

### Referenten:

**Klaus Müller,**

Vorstand Verbraucherzentrale NRW e.V.

**Prof. Gunnar Still,**

ThyssenKrupp Steel Europe AG

### Moderation und Einleitung:

**Prof. Manfred Fishedick,**

Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima,  
Umwelt, Energie

Klima und Energie sind für das Industrie- und Energieland Nordrhein-Westfalen von herausragender Bedeutung. Der Workshop beleuchtete die Themen aus unterschiedlichen Perspektiven: Die wissenschaftlichen Fakten zu Klimaschutz und Energiewende stellte Prof. Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut vor. Prof. Gunnar Still von ThyssenKrupp zeigte auf, welche Herausforderungen und Chancen sich daraus für einen energieintensiven Konzern ergeben. Klaus Müller von der Verbraucherzentrale NRW schließlich erläuterte, wie die Verbraucher/innen vom Weg der Nachhaltigkeit überzeugt werden können.

### **Perspektive Wissenschaft: Wo stehen wir?**

Der internationale Klimaverhandlungsprozess „kommt nicht zu Potte, hat aber trotz allem schon wichtige Impulse gesetzt“, meint Professor Fishedick. Er zählt dazu unter anderem die Einigung in Cancún vor zwei Jahren, als sich 193 Staaten dazu bekannten, dass sie gemeinschaftlich dafür Sorge tragen müssen, dass die Weltmitteltemperatur nicht mehr als 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau ansteigt. „Allerdings ist es nur eine Willenserklärung und nicht rechtlich verbindlich.“, schränkt er ein, und sie habe sich im Handeln und in den Emissionsdaten noch nicht manifestiert. Auch 2011 gab es wieder einen signifikanten Anstieg der Treibhausgase, und das sei in den letzten Jahren fast immer so gewesen. Die Schere zwischen dem politisch Angestrebten und den gemessenen Treibhausgasemissionen gehe von Jahr zu Jahr weiter auseinander. Eine neue Studie vom PIK Potsdam und Climate Analytics für die Weltbank mache deutlich, dass wir, wenn wir so weitermachen, eher bei einer „4 °C-Welt“ und signifikanten Veränderungen in den Ökosystemen enden werden. Dies zeige nochmals den Handlungsdruck.

### **Mehrebenensystem**

Klimaschutz sei eine Anforderung an das Mehrebenensystem, so Prof. Fishedick: „Wir dürfen nicht nur nach Doha auf die internationalen Verhandlungen schauen und darauf vertrauen, dass die Akteure mit einem guten und vernünftigen Beschluss herauskommen.“ Deshalb gehe es darum, auf unterschiedlichen Ebenen die notwendige Dynamik zu erreichen.

Unterhalb der internationalen Ebene der Klimaverhandlungen ist für Deutschland die europäische Ebene von hoher Relevanz. Mit der „EU Road Map Low Carbon Economy“ verfolgt die EU das Ziel, bis zum Jahr 2050 die Treibhausgase um mindestens 80 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Aber auch für die EU gelte: Es tut sich eine Schere auf zwischen dem, was auf Basis der bereits vereinbarten Politiken zu erwarten ist, und den Zielen.

Auf nationaler Ebene konfrontiere uns die Energiewende mit dem Ziel, einerseits schneller aus der Kernenergie auszusteigen und auf der anderen Seite EU-adäquate CO<sub>2</sub>-Minderungsziele zu erreichen, also mindestens 80 Prozent bis 2050 im Verhältnis zum Jahr 1990. Hilfreich sei, dass wir in Deutschland schon seit den 1980er Jahren über die Möglichkeiten alternativer Energiekonzepte diskutieren: „Dieser Erfahrungsschatz hilft uns, heute etwas schneller Konzepte entwickeln zu können, wie man die Energiewende umsetzen kann“. Der im Energiekonzept der Bundesregierung angestrebte signifikante Ausbau erneuerbarer Energien (von heute ungefähr 25 Prozent auf mindestens 80 Prozent in 2050) und die Reduzierung des Primärenergiebedarfs (Halbierung bis 2050) bezeichnet

Fishedick als sehr ambitioniert aber notwendig, um das angestrebte Emissionsminderungsziel zu erreichen.

Auf Ebene der Kommunen gebe es beispielsweise Erneuerbare-Energien-Gemeinden, die schon seit vielen Jahren eine Energiewende von unten machen. Fishedick bezeichnet sie als wichtige Keimzellen für die Umsetzung des Klimaschutzes in Deutschland. Auch die Industrie engagiere sich zunehmend für Klimaschutz und entwickle neue Produkte, um sich damit auf den Weltmärkten erfolgreich zu positionieren. Den Bürgerinnen und Bürgern schließlich gehe es um die Teilhabe an der Energiewende. „Es ist wichtig, die Menschen mitzunehmen. Nicht nur als Verbraucher, sondern als Beteiligte der Energiewende, z.B. durch Bürgerenergieanlagen.“, unterstreicht Fishedick.

### **Relevanz für NRW**

Für Nordrhein-Westfalen als Energie- und Industrieland Nr. 1 in Deutschland sind die Themen Klima und Energie besonders relevant und umgekehrt ist NRW für die Umsetzung der Energiewende entscheidend: „Eine Energiewende in Deutschland wird vor allem im Bundesland NRW entschieden.“ Die Treibhausgas-Emissionen in NRW wurden von 1990 bis heute zwar schon um 13 Prozent gesenkt. Aber der Weg zum Ziel des Klimaschutzgesetzes von 80 Prozent Reduzierung sei noch vergleichsweise lang. Aber auch Nordrhein-Westfalen fange nicht bei Null an, so Fishedick, es gebe eine 20-jährige Tradition von Klimaschutzaktivitäten und NRW sei in verschiedenen Bereichen durchaus Trendsetter gewesen. Angefangen von der 1990 gegründeten EnergieAgentur bis hin zum laufenden Prozess der Klimaschutzgesetzgebung und des Klimaschutzplanes, der in einem partizipativen Verfahren mit allen gesellschaftlichen Gruppen erstellt werde. Energiewende und Klimaschutz seien technologische Aufgaben, aber nicht nur: „Die Umsetzung der Energiewende ist vor allem auch eine große gesellschaftliche Herausforderung“, hebt Fishedick hervor.

### **Perspektive Wirtschaft: Beispiel ThyssenKrupp**

Professor Still stellte ThyssenKrupp als Technologiefirma vor, die verschiedene miteinander zusammenhängende Sparten umfasst, insbesondere Stahlproduktion, Aufzug- und Fahrtreppentechnologie und Anlagentechnologie. Von etwa 170.000 Mitarbeiter/innen weltweit sitzt ein Großteil – 43.000 – in Nordrhein-Westfalen. ThyssenKrupp Steel Europe hat sich auf Flachstahl spezialisiert und produziert auch für den Nischenmarkt: „Wir erzeugen etwa 12 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr – die Weltstahlproduktion liegt bei 1,5 Milliarden Tonnen pro Jahr.“ Diese Spezialisierung mache sie zum Weltmarktführer in einzelnen Nischen und bedinge, dass sie sich immer weiterentwickeln.

### **Innovative Produkte im Sinne der Nachhaltigkeit**

Zu den innovativen Produkten von Thyssen Krupp Steel Europe gehört z.B. hochfester Stahl, der bis zu 40 Prozent leichtere Autokarossern ermöglicht. Ein weiteres Produktbeispiel ist „Electrical Steel“ für Trafos und Elektromotoren, die Umwandlungsverluste von unter einem Prozent haben. Dieser Stahl sei etwas kostenintensiver und werde deshalb nur ganz selten gefordert. „Wir müssen liefern, was der Kunde haben will. Spezialstähle sind weniger gefragt“, bedauert Still. Es gehe außerhalb von Deutschland meist nicht ums Energiesparen. Als weiteres innovatives Produkt nannte Still unter anderem Verpackungsstahl, der mit knapp 90 Prozent die höchste Recyclingquote habe.

### **Energieeffizienz**

Die Bemühungen um Energieeffizienz erläuterte Professor Still am Beispiel der Stahlerzeugung in Duisburg. Dort steht ein sogenanntes „integriertes Hüttenwerk“: Auf der einen Seite werden Kohle und Erze angeliefert und auf der anderen Seite werden fertige Bleche an den Weiterverarbeiter abgegeben. „Bei diesen Prozessen sind überall Restenergien übrig. Das ist prozessbedingt“, erläutert Still weiter. Durch die Nutzung der Abgase der Kokerei und im Stahlwerk könne das Hüttenwerk alle sonst benötigte Energie erzeugen. ThyssenKrupp bediene außerdem das Fernwärmenetz und habe als eine der ersten großen Firmen ein Energiemanagementsystem aufgebaut, um systematisch und nachhaltig Energie zu sparen.

### **Ressourcenschonung**

ThyssenKrupp Steel Europe reduziere schon seit vielen Jahren kontinuierlich die Mengen an Koks und Kohle, sei aber nun an einem technisch-physikalischen Minimum angelangt. „Kleine Effizienzsteigerungen sind schon noch möglich,“ meint Still, „aber noch 30 bis 40 Prozent Energieeinsparung sicherlich nicht. Alle Rohstoffe werden gut ausgenutzt und recycelt. In der neuen Kokerei gebe es sogar „zero waste“: „Wir haben außer dem Abfall, den die Mitarbeiter mit ihren Butterbrotpapieren oder sonstigem mitbringen, absolut keinen Abfall mehr in diesem Bereich.“

### **Zukunftsprojekte**

Für ThyssenKrupp könnte die Technologie „Power-to-Gas“, bei der überschüssiger Strom in Gas umgewandelt wird, um damit hinterher wieder Strom zu produzieren, interessant sein. Die Energie sowie eventuell auch die Nebenprodukte aus der Power-to-Gas-Erzeugung, wie Sauerstoff, sind laut Professor Still für das Unternehmen nutzbar. Auch an der Wärmerückgewinnung aus Schlacken werde mit neuer Technologie gearbeitet. Als weitere Idee nennt Still die chemische Nutzung von Hüttengasen wie Kohlenmonoxid und Wasserstoff zur Erzeugung von z.B. Methanol oder Flugbenzin. Da stelle sich jedoch grundsätzlich die Frage, ob das wirtschaftlich sinnvoll sei.

### **Problemfelder**

Professor Still beschreibt die Differenzen in der EU als eines der Probleme: „Der eine redet über Energieeffizienz, der nächste über Erneuerbare, der dritte macht eine CO<sub>2</sub>-Steuer, der vierte sagt, die Industrie muss Öfen nach dem ‚Schema F‘ bauen usw. Das führt zu enormen Schwierigkeiten, die wir zu bewältigen haben.“ Er sei auch sehr kritisch bezüglich des Klimaschutzplans von NRW gewesen, sehe dort aber inzwischen eine Entwicklung, die in positiver Richtung verlaufe.

### **Perspektive Verbraucher/innen:**

#### **Als Subjekte begreifen**

Die Kostendiskussion dominiert derzeit die Debatte rund um die Energiewende. „Das ist auch gut und vernünftig so und zeigt, dass es jetzt ernst wird“, sagt Klaus Müller von der Verbraucherzentrale NRW. Jetzt werde es aber auch ernst bezüglich Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit. Klaus Müller stört es, dass über Verbraucher/innen im Zusammenhang mit der Energiewende und Nachhaltigkeitsstrategien oft als Objekte diskutiert werde. Seiner Erfahrung nach wollen viele Menschen selber aktiv werden, z.B. in Energieerzeugung investieren, und nicht nur umsetzen, was andere beschlossen haben. Er plädiert deshalb dafür, Verbraucher/innen stärker als Subjekte zu begreifen.

#### **Aktiv werden**

Die Hauptmotivation der meisten Menschen sei nicht „Wie viel CO<sub>2</sub> spare ich?“, sondern „Wie viel Geld spare ich?“, konstatiert Müller. Hinzu komme, dass bei vielen Maßnahmen Investitionen erforderlich seien, die sich Menschen mit geringem Einkommen nicht leisten können. Die von Politikern oft genannte Zahl von 30 Prozent Energiesparpotenzial sei ohne Investitionen nicht möglich, nur mit Verhaltensänderung erreiche man höchstens 5 bis 6,7 Prozent.

Klaus Müller schilderte verschiedene Trends und Hindernisse auf dem Weg des Energiesparens:

**Verwirrende Energielabel:** „Dass die EU-Kommission nach wie vor Geräteklassen bis A+++ zulässt, ist nichts anderes als Volksverwirrung“, so Müller. Wenn die Informationen den Verbraucher verwirren, sei dieser nicht bereit, vernünftig zu investieren. Es sei eine kostengünstige Maßnahme, die Energielabel auf einen vernünftigen Standard zu bringen.

**Anbieterwechsel:** „Das allerleichteste ist, den Stromanbieter oder -tarif zu wechseln. Warum tun das 40 Prozent nach wie vor nicht?“, fragt Müller in die Runde. Auf den Kommentar aus dem Publikum, dass die Verbraucher/innen skeptisch seien, „weil doch immer der selbe Strom durchs Kabel fließt“, antwortet Klaus Müller, dass es zwar Zertifizierungssysteme für „guten Ökostrom“ gebe, aber in der Tat eine staatliche Zertifizierung fehle. „Die Biobens-

mittel starteten durch, als es das staatliche, nachvollziehbare Biosechseck gab“, unterstreicht Müller.

**Strom selber machen:** Klaus Müller sieht eine NRW-weite Nachfrage, selber zu Energie erzeugen. Technisch sei das geregelt. Doch wenn sich mehrere Eigentümer eine Anlage teilen, komme die Vertrauensfrage ins Spiel: „Was passiert, wenn man sich mit dem Nachbarn, der das Blockheizkraftwerk im Keller hat, zerstreitet?“ Die Verbraucherzentrale NRW entwickle derzeit ein Beratungsangebot dazu.

**Gebäudesanierung:** „Bund und Länder haben sich nicht auf eine steuerliche Abschreibung von energetischer Gebäudesanierung einigen können“, beklagt Müller. Auch das Mieter-Vermieter-Dilemma lasse sich nicht ohne den Staat lösen. Der Vermieter interessiere sich nicht für die Heizkosten, könnte aber etwas daran tun. Umgekehrt habe der Mieter ein großes Interesse, könne aber in der Regel die Maßnahmen nicht durchführen. Klaus Müller plädiert dafür, hier entweder eine staatliche Förderung oder eine steuerliche Abschreibung einzuführen.

Als weitere wichtige Aspekte für eine Nachhaltigkeitsstrategie nennt Klaus Müller Mobilität, Ressourcenschutz und das Thema „geplanter Verschleiß“. Im Bereich der Mobilität sieht er vor allem bezüglich der Entwicklung von eMobilität auf zwei Rädern (Pedelecs) großes Potenzial. Bezüglich Ressourcenschutz beschäftige sich die Verbraucherzentrale NRW mit Themen wie Gemeinschaftsnutzung oder Abfallvermeidung, wo es ebenfalls noch viel Potenzial gebe. Die Diskussionen um den „geplanten Verschleiß“ lenken seiner Meinung nach das Augenmerk darauf, bessere Qualität, Reparierbarkeit und Lebensdauer von Produkten einzufordern.

Klaus Müller schließt seinen Vortrag mit der These, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie dann erfolgreich sei, wenn sie

- 1) sich an 80 – 90 Prozent der Bevölkerung richtet,
- 2) berücksichtigt, dass das Leben für die Menschen so einfach wie irgend möglich gestaltet werden muss,
- 3) klare, ggf. auch gesetzliche Leitplanken definiert,
- 4) eine soziale Balance wahrt,
- 5) die kosteneffizientesten Maßnahmen wählt,
- 6) Bürgerinnen und Bürger als Subjekte und nicht nur als Objekte betrachtet und
- 7) auf das Marktgeschehen achtet, also ob das, was angeboten wird, auch tatsächlich das hält, was draufsteht.

### Hemmnisse überwinden

Ein Teilnehmer fragte, wie man vom Wissen zum Handeln komme, Hemmnisse gäbe es doch eigentlich nicht. Klaus Müller widerspricht dem Argument, es gebe keine Hemmnisse. Er sieht erhebliche Hemmnisse, wie z.B. dass man unter bestimmten Umständen nur sehr schwer an Geld für Investitionen komme, schlechte Beratung im Handel und unsere Bequemlichkeit. Aus Sicht der Industrie ergänzt Professor Still, dass Anwender trotz bester Argumente nur schwer von neu entwickelten Stahlsorten zu überzeugen seien. „Wenn schon Anwender neue Materialien nicht schnell akzeptieren, dann können wir dieses Verhalten vom normalen Bürger nicht erwarten.“, meint Still. Er sieht hier Erziehung als Schlüssel.

Eine weiterer Teilnehmer wollte wissen, ob und wie die energieintensive Industrie die Herausforderung annehme, ihre Emissionen tatsächlich um 80 Prozent bis 2050 zu senken. Professor Still bekräftigte, dass dieses Ziel für alle Beteiligten gelte. ThyssenKrupp habe viele kleinere und größere Projekte aufgelegt, mit denen die CO<sub>2</sub>-Menge pro Tonne Stahl deutlich verringert werden soll. „Ob uns das gelingt, kann ich heute nicht sagen, weil diese Technologien auf einen riesigen Prozess angewendet werden müssen“, gibt er zu bedenken.

Die letzte Frage richtete sich an Klaus Müller bezüglich der Motivation von Menschen zu einer Umstellung. Als derzeit besten Ansatz sieht Müller die Beratung bei biographischen Umbrüchen. Umzug, Job- oder Stadtwechsel bedeute immer auch, seine Lebensgewohnheiten zu verändern. In diesen Momenten sind wir nicht bequem, so Müller, und können unsere Nachhaltigkeitsbilanz schlagartig verbessern. In Bonn biete die Verbraucherberatung NRW seit diesem Jahr eine solche Beratung an.

Professor Fishedick stellte zum Ende des Workshops fest, dass wir es mit einem lernenden System zu tun haben und die Antworten auf die Fragen der Zukunft vielleicht noch nicht alle kennen. Wichtig sei der Mut, Experimente zu gestalten und an deren Umsetzung zu lernen. Die InnovationCity Ruhr in Bottrop sei ein schönes Beispiel dafür.



## Workshop 2: Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW – Gut aufgestellt für die Zukunft

### Referentinnen:

**Dodo Schulz,**

BnE-Agentur

**Marianne Middendorf,**

BnE-Agentur

### Moderation und Einleitung:

**Jiska Troppenz,**

BnE-Agentur

Bildung ist ein Schlüsselbereich zur Förderung nachhaltiger Entwicklung. Menschen erwerben die Kompetenzen für nachhaltiges Denken und Handeln in der globalisierten Welt vor allem durch entsprechende Bildung. Im ersten Teil des Workshops stellte sich die Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vor. In einem „Open Space“ konnten die Workshop-Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschließend Impulse und Anregungen zur systematischen Verankerung und breiten Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Bildungsbereichen geben.

**Hintergrund**

Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) verfolgt das während des Erdgipfels 1992 in Rio de Janeiro beschlossene Ziel, allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind.

Deshalb hat sich die Landesregierung seit Beginn an der Umsetzung der Dekade beteiligt. Zwei Jahre vor Ablauf der UN-Dekade hat die Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (kurz: BnE-Agentur) Mitte September 2012 ihre Arbeit aufgenommen und präsentierte sich im Rahmen des Workshops erstmalig der Fachöffentlichkeit.

Die BnE-Agentur mit Federführung und Sitz im Ministerium für Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV) ist eine Arbeitsgemeinschaft, die sich aus folgenden Kooperationspartnern zusammensetzt:

- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV)
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSW)
- Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen (MBEM)
- Stiftung Umwelt und Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen (SUE NRW)

Grundlagen zur Einrichtung der Agentur sind der Kabinettsbeschluss vom 14.02.2012 und eine Kooperationsvereinbarung zwischen den beteiligten Partnern vom 13.06.2012.

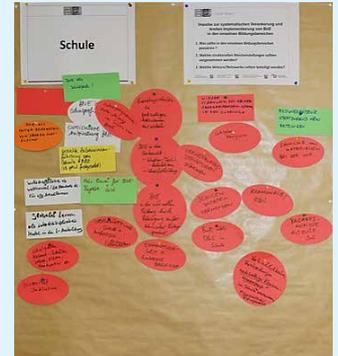
**Teil 1:**

**Chancen, Herausforderungen und Perspektiven**

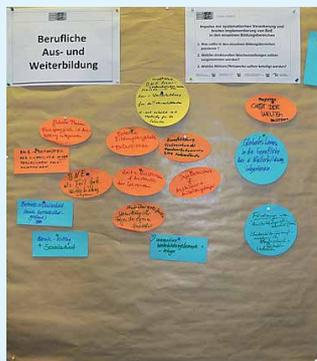
In einem zu Beginn des Workshop eingespielten Videoclip äußerten sich die Kooperationspartner zur neu eingerichteten Agentur, die mit ihr zum Ausdruck gebrachte übergreifende Zusammenarbeit, zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung und zu den Perspektiven der Agentur wie auch des Themas Bildung für nachhaltige Entwicklung über das Ende der Dekade hinaus.



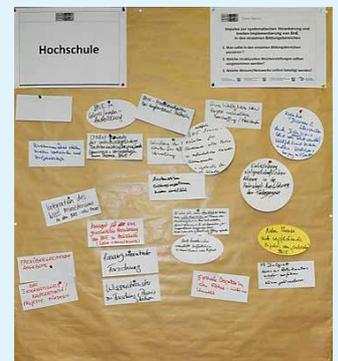
Übersicht „Elementarbereich“



Übersicht „Schule“



Übersicht „Berufliche Aus- und Weiterbildung“



Übersicht „Hochschule“



Übersicht „Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung“



Übersicht „Bildungsnetzwerke“

Weitere Informationen und den Videoclip mit den Kooperationspartnern der BnE-Agentur finden Sie auf der Website [www.aktion-zukunft-lernen.de](http://www.aktion-zukunft-lernen.de).

### Struktur und Personal der BnE Agentur

Im Anschluss daran wurden zunächst die neuen Arbeitsstrukturen im weiteren BnE-Prozess vorgestellt. Die Kooperationspartner bilden eine gemeinsame Steuerungsgruppe bestehend aus:

Marlies Dieckmann (MKULNV), Dr. Norbert Reichel (MSW), Hans-Christoph Boppel (MBEM/Stk) und Eberhard Neugebohrn (SUE NRW).

Des Weiteren haben die Kooperationspartner Fachkräfte in die Agentur entsandt. Dort sind bislang folgende Mitarbeiterinnen tätig:

- Jiska Troppenz (MKULNV)
- Carola Boecker (MSW)
- Marianne Middendorf (MSW)
- Sabine Blom (MBEM in Trägerschaft von Engagement Global gGmbH)
- Dodo Schulz (MBEM in Trägerschaft von Engagement Global gGmbH)

Ab dem 1. Januar 2013 wird die Agentur durch eine Mitarbeiterin aus der SUE wie auch einer Mitarbeiterin aus dem MKULNV personell weiterverstärkt.

### Die Entwicklung von 2006 bis heute in NRW

Ausgangspunkt für die Umsetzung der UN-Dekade in NRW ist der für Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 beschlossene Aktionsplan „Zukunft lernen“. Dieser strebt folgende Ziele an:

1. Verankerung, Bündelung und Weiterentwicklung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen sowie Transfer guter Praxis in die Breite,
2. Vernetzung der Akteure der BnE,
3. Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der BnE und
4. in internationalen Zusammenhängen denken und handeln.

Mit diesen Zielen knüpft das Land unmittelbar an die Vorgaben des nationalen Aktionsplans aus dem Jahre 2005 an. Zur Umsetzung dieser Ziele richtete die Landesregierung 2009 schließlich das Forum „Aktion Zukunft Lernen“ mit rund 50 Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Organisationen und gesellschaftlicher Gruppen ein. Sie diskutierten Fragen der Bildungsarbeit und erarbeiteten gemeinsam mit der Landesregierung schulische und außerschulische Initiativen und Projekte. Außerdem wurden sechs Projektgruppen eingesetzt, die zu verschiede-

Dodo Schulz im Gespräch mit Workshopteilnehmenden.



nen Themen und Schwerpunkten Konzepte und Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Projektgruppen widmeten sich den Themen Naturschutz und Umweltbildung, Globales Lernen, interkulturelle Kompetenz, Medienkompetenz, Gesundheitskompetenz und Wirtschaftskompetenz.

Während in den ersten Jahren der Umsetzung der UN-Dekade der Fokus auf dem Diskurs von Fachthemen lag, strebt die Landesregierung nunmehr insbesondere die Erarbeitung einer landesweiten Strategie zur Verankerung von BnE in NRW an. Laut Kabinettsbeschluss vom 14.02.2012 setzt sich die Landesregierung das Ziel, bis zum Ende der UN-Dekade im Jahr 2014 eine Landesstrategie zur systematischen Verankerung und breiten Implementierung von BnE in NRW in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren aus der Zivilgesellschaft zu entwickeln.

### Aufgaben der Agentur

Die Entwicklung der landesweiten BnE-Strategie soll durch Leitprojekte unterstützt bzw. begleitet werden. Diese Leitprojekte sind

- der Ausbau und Weiterentwicklung der Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“,
- die Positionierung der Verbraucherbildung im schulischen Unterricht, der Verstärkung und Profilierung von Klimaschutz als Bildungsziel,
- die Qualitätsentwicklung sowie Absicherung der Struktur in der außerschulischen Umweltbildung in Verbindung mit der Einführung einer BnE-Dachmarke/Gütesiegel auf freiwilliger Basis und
- die Flankierung der neuen Eine-Welt-Strategie der Landesregierung durch BnE-Bildungsansätze im Bereich des globalen und interkulturellen Lernens.

Weitere Aufgaben der Agentur sind der Transfer guter Beispiele in neue Praxisfelder, die Unterstützung der Akteure durch Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation sowie die Unterstützung bestehender Expert/-innengruppen zu den inhaltlichen Schwerpunkten Wirtschaftskompetenz und Globales Lernen.



### Teil 2: Open Space

Im Open Space hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops die Möglichkeit, der Agentur Impulse und Anregungen zur systematischen Verankerung und breiten Implementierung von BnE in den einzelnen Bildungsbereichen zu geben. Dabei bestand die Gelegenheit zu einem vertiefenden Austausch mit den Mitarbeiterinnen der Agentur.

Entlang unterschiedlicher Bildungsbereiche standen sechs Stellwände zur Verfügung, an denen Antworten und Anregungen zu folgenden Fragen festgehalten wurden:

1. Was sollte in den einzelnen Bildungsbereichen passieren?
2. Welche strukturellen Weichenstellung sollten vorgenommen werden?
3. Welche Akteure/Netzwerke sollten beteiligt werden.

Die zahlreichen Anregungen werden in den Prozess der Strategieerarbeitung einfließen.



Peter Stamm, Generalbevollmächtigter der WILO SE



Thomas Westphal, Geschäftsführer  
Wirtschaftsförderung metropoluhr GmbH

## Workshop 3: Nachhaltiges Wirtschaften

### Referenten:

#### **Peter Stamm,**

Generalbevollmächtigter der WILO SE

#### **Thomas Westphal,**

Geschäftsführer

Wirtschaftsförderung metropoluhr GmbH

### Moderation:

#### **Dr. Marc-Oliver Pahl,**

Leiter Referat Nachhaltigkeitsstrategien  
im MKULNV

**Nachhaltiges Wirtschaften hat in deutschen und internationalen Unternehmen in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Unternehmen sind sich mehr denn je ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst und sehen in Nachhaltigkeits-Herausforderungen auch geschäftliche Chancen. Wie Unternehmen in NRW das Thema Nachhaltigkeit auf-fassen und umsetzen, stand im Fokus dieses Work-shops. Die zwei Referenten stellten ihre Projekte in diesem Bereich vor und diskutierten mit den Teilneh-menden.**

### **Zusammenarbeit aller Akteure ist wichtig für Nachhaltigkeit**

Ein praktisches Beispiel dafür, wie Unternehmen Nachhaltigkeit vorantreiben, ist die WILO SE. Der Generalbevollmächtigte der WILO SE, Peter Stamm, stellte zunächst das Unternehmen vor: Als Kupfer- und Messingwarenfabrik und „Kind des Ruhrgebiets“ 1872 in Dortmund gegründet, ist die WILO heute einer der führenden internationalen Hersteller von Pumpen und Pumpensystemen für die Heizungs-, Kälte- und Klimatechnik sowie für die Wasser- und Abwasserentsorgung. Mit einem Jahresumsatz von voraussichtlich 1,2 Mrd. Euro im Jahr 2012 und derzeit ca. 7.000 Mitarbeiter/-innen – von denen 30 Prozent am Standort Dortmund und an anderen deutschen Standorten arbeiten, die restlichen 70 Prozent in über 70 Ländern – ist WILO zu einem der größeren Unternehmen im Ruhrgebiet herangewachsen.

Die Produktinnovationen von WILO leisten einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Ein Beispiel sind hocheffiziente Pumpentechnologien, wie die „Ein-Watt-Pumpe“, ein dezentrales Pumpensystem, welches 20 bis 50 Prozent Einsparpotenzial an Heizenergie bedeutet und somit die Kosten für den Gebäudebetreiber bzw. -nutzer erheblich senkt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf einem verantwortungsvollen und nachhaltig schonenden Umgang mit Ressourcen bei der Produktion. Die Maschinen des Unternehmens werden immer größer und effizienter bei gleichzeitig immer niedrigerem spezifischen Energieverbrauch. Anders als vermutet, sei nicht die Produktion der Maschinen selbst ein großer Faktor beim Energieverbrauch, hier entstehe nur unter ein Prozent der gesamten „Umweltbilanz“. Peter Stamm betont, dass es vor allem wichtig sei, wie energieeffizient die Pumpen und Systeme während der gesamten Lebensdauer sind.

WILO fühle sich als Unternehmen in der Verantwortung, der Nachhaltigkeit in allen Bereichen gerecht zu werden und dies durch verschiedene Maßnahmen systematisch und konsequent umzusetzen. Im Unternehmen selbst werde nachhaltiges Handeln gelebt. Acht Prozent der Mitarbeiter in Dortmund kommen beispielsweise mit dem Fahrrad zur Arbeit. Aber auch gegenüber seinen Konsumenten sieht sich WILO in der Verantwortung. „Viele Konsumenten wissen nicht Bescheid über die Effizienzvorteile der Produkte“, so Peter Stamm. Daher ist Bewusstseinsbildung für die Konsumenten ein Ziel des Unternehmens. Durch Schulungen von Handwerkern bzw. Installateuren und in der Bildungsarbeit an Schulen und Universitäten klärt WILO über die Energieeinsparmöglichkeiten durch innovative hocheffiziente Produkte auf.

Eine Grundvoraussetzung für nachhaltiges Handeln im Unternehmen sei aber immer auch die Tragfähigkeit des

Unternehmens, was, so Peter Stamm, oft in einem Widerspruch stehe. Ein Beispiel ist die Produktion von Maschinen in bestimmten asiatischen Ländern, die billiger sei, bei der aber Nachhaltigkeitsfaktoren keine Rolle spielen. Dadurch sehe sich WILO auch einem internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt, denn Nachhaltigkeit gibt es nicht kostenlos.

Unverändert sei jedoch „Made in Germany“ ein bedeutender „Türöffner“ in vielen Ländern. Es sei notwendig, dass Deutschland auch in den Ländern, in denen seine Produkte hergestellt werden, für gute und nachhaltige Bedingungen Sorge. Die Entwicklung von Netzwerken von Unternehmen mit der Politik sei dabei von großer Bedeutung. Im Netzwerk German Water Partnership, das die deutsche Kompetenz im Wasserbereich bündelt, Innovationen vorantreibt und Aktivitäten bündelt, um somit zu nachhaltigerem Wasserwirtschaften zu gelangen, war Peter Stamm Gründungsmitglied und ist seither im Vorstand aktiv.

### **Mehr als nur Wirtschaftsförderung**

Die Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH (wmr) ist die regionale Wirtschaftsförderung für das gesamte Ruhrgebiet. Sie bündelt kommunale Interessen und entwickelt gemeinsam mit den Städten das ökonomische Profil der Region. Dabei ist sie die Schnittstelle zwischen der Wirtschaftsförderung des Landes NRW und den kommunalen Wirtschaftsförderungen. Die metropol Ruhr ist aber mehr als das und in vielen weiteren Gebieten aktiv, was Thomas Westphal, Geschäftsführer der metropol Ruhr, in diesem Workshop darlegte.

Das Ruhrgebiet war historisch sehr stark durch die montanindustrielle Branche geprägt. Dieses Wirtschaftscluster habe sich in zwischen aufgelöst, die dazugehörigen Unternehmen passten sich an und arbeiteten sich in neue Wertschöpfungsketten ein, so Thomas Westphal. Überhaupt sei es heute nicht mehr hilfreich, in Cluster- oder Branchengrenzen zu denken, sondern in Anwendungsfeldern. Dafür eigne sich nachhaltiges Wirtschaften auch gut. Er nennt es „Wirtschaftsförderung 3.0“ und sagt der Weg führt über die Identifizierung von Zukunftsmärkten, in die Unternehmen investieren werden. Die metropol Ruhr geht von acht Leitmärkten aus: Ressourceneffizienz, Freizeit und Events, digitale Kommunikation, Gesundheit, Mobilität, Bildung und Wissen, nachhaltiger Konsum und urbanes Bauen und Wohnen. Der Leitmarkt Ressourceneffizienz, zu dem die Energieerzeugung und -verteilung, Wasserwirtschaft, Recycling und Umweltwirtschaft zählen, sei für die Region Ruhr einer der wichtigsten. Mit zwar nur 95.914 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer/-innen und 5.587 Unternehmen in diesem Bereich, erzielte der Sektor mit 63,3 Mrd. Euro im Jahre 2010 einen der größten Umsätze in der Metropole Ruhr. Beachtlich sei auch, so Thomas

Westphal, dass in der Ressourceneffizienz im Ruhrgebiet der Anteil besser qualifizierter Beschäftigter höher ist als im bundesdeutschen Durchschnitt. Es gelte, die Standortvorteile in diesem Sektor zu nutzen und diese Qualifizierung weiter zu entwickeln.

Was macht metropoleruhr im Bereich der Ressourceneffizienz?

- 1) Sie entwickelt Projekte mit Unternehmen und treibt sie voran. Eines der Projekte ist „InnovationCity Ruhr“ mit dem Ziel, das gesamte Ruhrgebiet mittel- bis langfristig zu einer Niedrigenergie-Region zu machen. Bottrop ist das Pilotgebiet des Projekts.
- 2) Netzwerk Industrie RuhrOst e.V.: Unternehmen schließen sich zusammen, um gemeinsam Energie einzukaufen und beispielsweise zu ermitteln, ob sich ein eigenes, gemeinsames Kraftwerk zur Stromerzeugung lohnt.
- 3) Urban Mining Netzwerk: 120 Unternehmen beschäftigen sich mit dem Thema Rückgewinnung von Wertstoffen aus Deponien.
- 4) Gewerbeflächenoptimierung: In verschiedenen Maßnahmen werden Gewerbeflächen, vor allem in den Bereichen Wärmeenergie und Abwasser optimiert.

- 5) Plattform für Kommunikation in der Region MEO (Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen), um Technologiefirmen zusammenzubringen und Wissenstransfer und Austausch zu fördern.

Es gebe Vieles, was getan werden könne, aber metropoleruhr habe nur 20 Mitarbeiter/-innen, daher könne sie nur als Initiator von Projekten dienen und den Unternehmen helfen, diese umzusetzen. Letztendlich sei es notwendig, dass die Unternehmen selbstständig agieren.

#### **Rebound-Effekt differenziert betrachten**

Auf die Problematik des Rebound-Effektes, den Dr. Reinhard Loske bereits am Morgen in seiner Rede erwähnte, wies gleich zu Beginn der anschließenden Diskussion Bernd Schleich von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hin. Es werde immer effizienter, aber auch gleichzeitig immer mehr produziert, was im Endeffekt der Nachhaltigkeit entgegenwirke. Durch eine energetische Sanierung von Bestandsgebäuden ergeben sich große Einspareffekte ohne nennenswerten Rebound-Effekt, erläuterte Peter Stamm. Und auch insgesamt werde der Wärmemarkt, vor allem durch den demographischen Wandel, schrumpfen. Beim Rebound-Effekt müssen der Strom- und der Wärmemarkt getrennt voneinander betrachtet werden, ergänzte Thomas Westphal. Der Stromverbrauch sinke nachweislich nicht, weil wir uns



immer stärkere neue Stromverbraucher anschaffen. Er sei außerdem wenig optimistisch, dass wir den Energieverbrauch in privaten Haushalten durch verändertes Verhalten gesenkt bekommen.

### **Nachhaltigkeit in Wert setzen**

Rolf Weber vom Agenda-Beirat der Stadt Wetter/Ruhr sagte, ihm gehe es darum, Nachhaltigkeit in Unternehmen systematisch weiter zu entwickeln. Er sieht in der Gemeinwohlökonomie von Christian Felber einen guten Ansatz. Bei der Gemeinwohlökonomie erstellen Unternehmen eine Bilanz, die nicht nur ökonomische sondern auch soziale und ökologische Kriterien erfasst. Perspektivisch sollten diese Unternehmen eher an öffentliche Aufträge und Fördertöpfe herankommen.

Dr. Marc Oliver-Pahl merkte dazu an, dass zum 1. Mai 2012 ein neues Tarifreue- und Vergabegesetz im Land NRW in Kraft trat, das sich im weiteren Sinne mit Nachhaltigkeit in der öffentlichen Vergabe befasst. Die Landesregierung bemühe sich, soziale und ökologische Aspekte in der Vergabe zu berücksichtigen, doch das sei nicht immer so ohne weiteres möglich, da Bundes- und EU-Recht in erster Linie die Wirtschaftlichkeit der Vergabe in den Vordergrund stellen.

Thomas Westphal fügte hinzu, dass er generell skeptisch sei, wenn komplizierte Zusammenhänge wie soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Kennzahlen bewertet werden. Da stelle sich immer die Frage, wer die Bewertung nach welchen Kriterien vornehme und ob diese „Verbetriebswirtschaftlichung“ nicht wieder neue Probleme hervorrufe.

Aus den Reihen des Publikums gab es Kritik an diesem Argument. Jürgen Sokoll, Eine Welt Netz NRW e.V., wies darauf hin, dass es inzwischen ganz andere Indikatoren als das Bruttoinlandsprodukt gibt, um Wohlfahrt in einer Gesellschaft zu messen. Auf Ebene der Vereinten Nationen beispielsweise den Human Development Index. „Wir sind in der Diskussion schon viel weiter und müssen ökologische und soziale Folgekosten ökonomisch in Wert setzen“, stellte er fest, denn nur so lohne sich nachhaltiges Wirtschaften für die Unternehmen. Darüber hinaus habe die hier geführte Diskussion über nachhaltiges Wirtschaften bestimmte Themen wie Arbeitslosigkeit ausgeklammert und fokussiere und sehr stark auf den energetischen Bereich. „Doch gerade die soziale Dimension müssen wir ernst nehmen“, so Sokoll, „sonst haben wir mit dem Thema Nachhaltigkeit keine Chance.“

### **Der Konsument als wichtiger Akteur in der Nachhaltigkeitsfrage**

Prof. Dr. Christa Liedtke vom Wuppertal Institut wies auf eine von Unternehmen in Auftrag gegebene Studie hin, die besagt, dass die Nutzer bei der Ressourceneffizienz die Fäden in der Hand haben. „Lebensstile der Menschen sind auch durch die beste Technik nicht abschaltbar“, so Frau Liedtke. Wenn Menschen bei offenem Fenster heizen, weil sie den Wind hören wollen, dann nütze auch die energieeffizienteste Heizung nicht viel. Thomas Westphal sieht das eigentliche Problem in der viel zu technikverliebten Kommunikation der Anwender – so könnten die wenig technikaffinen Kundinnen und Kunden die Produkte nicht verstehen. Diese wollten eine warme Wohnung und sich nicht mit der Technologie dahinter auseinandersetzen müssen. Auch Peter Stamm sieht hier einen wichtigen Knackpunkt. Eine Umfrage des WDR in Düsseldorf auf der Königsallee habe z.B. ergeben, dass die Bevölkerung wenig über die Energienutzung weiß. Ein Mann antwortete auf die Frage, ob die Heizung einer der größten Energiefresser in seinem Haushalt sein könnte, dass er doch mit Öl heize. Die Unwissenheit sei hier ein großes Problem. Peter Stamm sieht nicht nur in der geeignetsten Technik, sondern auch in der Transparenz gegenüber der Bevölkerung und deren Aufklärung den maßgeblichen Lösungsansatz. Daher sei Bildungsarbeit, wie sie bei WILO durchgeführt werde, eine wichtige Maßnahme.

Paul Hartmann, Klimaschutzbeauftragter der Stadt Siegen, zeigte ein weiteres Problem in der Nachhaltigkeitsdebatte auf. Es habe in der letzten Zeit einen Knick in der Förderpolitik gegeben, beispielsweise im Bereich der Subventionen durch den Staat bei Neuanschaffungen wie effizienterer Heizpumpen. Peter Stamm kennt dieses Problem. In der Tat gab es Beihilfen der KfW für die Neuanschaffungen von effizienteren Pumpen. Das Programm sei aber aufgrund zu großen Erfolges (7.000 Anträge pro Tag bei 140 Mitarbeitern) eingestellt worden. Es sei wichtig, dass neue Programme aufgelegt werden. Dies koste den Staat jedoch viel Geld und man solle der Bevölkerung dabei nicht vorgaukeln, es sei „alles kostenlos“ zu bekommen. Auch der Konsument selbst müsse hier mitarbeiten.

### **23 Millionen Euro tägliche Einsparung**

Peter Stamm verweist in seinem Schlussbeitrag auf das enorme Einsparpotenzial im energetischen Bereich: „Die privaten Haushalte in Nordrhein-Westfalen werden im nächsten Jahr knapp 19 Milliarden Euro für Energie ausgeben. Diese Kosten könnten durch Sanierungsmaßnahmen halbiert und somit 23 Millionen Euro pro Tag an Energiekosten eingespart werden.“ Diese Zahlen, meinte Peter Stamm, sollten uns allen Mut und Kraft geben, dieses ökonomische und ökologische Potenzial zu nutzen.



Ariane Bischoff, Agenda-21-Beauftragte der Stadt Solingen



Ludwig Holzbeck, Kreis Unna, Fachbereichsleiter Natur und Umwelt



Philipp Reus, Teilnehmer „Dialoge Zukunft Vision 2050“ des Nachhaltigkeitsrates, Jusos Gronau

## Workshop 4: Lokale Agenda – Strategie Nachhaltigkeit

### Referenten:

**Ariane Bischoff,**

Agenda-21-Beauftragte der Stadt Solingen

**Ludwig Holzbeck,**

Kreis Unna, Fachbereichsleiter Natur und Umwelt

**Louisa Kistemaker,**

Landesarbeitsgemeinschaft AGENDA 21 NRW

**Philipp Reus,**

Teilnehmer „Dialoge Zukunft Vision 2050“ des Nachhaltigkeitsrates, Jusos Gronau

### Moderation und Einleitung:

**Dr. Klaus Reuter,**

Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft AGENDA 21 NRW

„Transfer- und Nachhaltigkeitsprozesse müssen dort stattfinden, wo die Menschen arbeiten und leben“ – oder anders ausgedrückt: Nachhaltigkeit lässt sich zwar auf der politischen Ebene planen, muss aber von den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen und Kreisen umgesetzt werden. Mit dieser Zielvorgabe stimmte Moderator Dr. Klaus Reuter die Teilnehmenden des Workshops auf kommunale Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ein.

### Wie steht es um den Agendaprozess in den Kommunen?

Am Anfang stand der Überblick. Wie ist es um kommunale Nachhaltigkeitsprozesse in NRW bestellt? Louisa Kistemaker von der Landesarbeitsgemeinschaft AGENDA 21 NRW trug hierzu die wichtigsten Ergebnisse aus der Studie „Rio+20 NRW“ vor. 182 Kommunen und Kreise hatten an der Umfrage teilgenommen, was eine Beteiligung von 43 Prozent bedeutete. Von diesen haben 57 Prozent einen Agenda-Beschluss gefasst, und zwar größtenteils bereits vor dem Jahr 2000. „Diese Agenda-Beschlüsse werden von einer Vielzahl sektoraler Strategien ergänzt. Besonders häufig wurden Strategien im Energie- und Klimaschutzbereich gefasst, das macht 34 Prozent aus, gefolgt von Strategien zum Thema Flächenmanagement und Klimaanpassung“, so Kistemaker.

Die Referentin beschrieb, wie stark das Engagement der verschiedenen Akteursgruppen ist. So gibt es laut Befragung ein starkes Gefälle von den Verwaltungen, die 28 Prozent der Befragten als treibende Kraft im lokalen Agendaprozess sehen, bis hin zur Wirtschaft, der dies nur 3 Prozent attestierten. Bessere Werte bekamen Zivilgesellschaft (19 Prozent) und Politik (16 Prozent). Aber auch die gemeinsame Initiative von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft spielt eine große Rolle. In 20 Prozent der Fragebögen wurde angegeben, dass diese vier Akteure gemeinschaftlich den Agendaprozess vorantreiben.

### Viel Wille, aber wenig Mittel

Die Bedeutung von Nachhaltigkeitsprozessen sei mittlerweile breit akzeptiert. So gaben 86 Prozent der Befragten an, eine stärkere Priorisierung von Aktivitäten in diesem Feld sei erwünscht oder notwendig. Während es um Wunsch und Wille also bestens bestellt ist, sieht es bei den Ressourcen ganz anders aus, wie Louisa Kistemaker anmerkte. Denn 44 Prozent der Kommunen und Kreise gaben in ihrem Fragebogen an, dass sie keine Sachmittel für die Lokale Agenda bereithalten und 58 Prozent können oder wollen kein Personal stellen. Mehr als eine Planstelle findet sich nur in jedem 20. Personaletat, in der Mehrzahl der Fälle schlägt dort weniger als eine halbe Stelle zu Buche. Die Referentin führte dies auf die angespannte Finanzsituation öffentlicher Kassen zurück sowie auf den Umstand, dass nachhaltige Entwicklung keine Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge sei.

### Beteiligte berichten von positiven Erfahrungen

Wo trotz knapper Mittel engagiert an der lokalen Agenda gearbeitet werde, zeigen sich Verbesserungen. So berichteten fast zwei Drittel (63 Prozent) von positiven ökologischen Effekten, knapp die Hälfte sah politische Fortschritte. Seltener wurden Fortschritte in den Bereichen Ökonomie, globale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit

ausgemacht, wobei aber immerhin 35 Prozent entweder der Aussage „Wir haben viel erreicht“ oder „Wir sind auf dem Weg“ zustimmten.

Welche Handlungsempfehlungen haben die Autoren der Studie aus dem Stimmungsbild ermittelt? Louisa Kistemaker nannte vier zentrale Punkte:

- Kaskadenlernen ermöglichen: Nachhaltiges Handeln müsse Schritt für Schritt aufgebaut werden, große Sprünge seien unrealistisch.
- Mehr Ressourcen bereitstellen: Um die Ziele erreichen zu können, brauche es eine aufgabengerechte Ausstattung.
- Erfolgskontrollen durchführen: Die Benennung von Nachhaltigkeitsindikatoren helfe beim Controlling und setze zugleich Anreize für Weiterentwicklungen.
- Prozesse vertikal integrieren: Lokale Nachhaltigkeitsbemühungen seien darauf angewiesen, dass sie anschlussfähig an die Prozesse der übergeordneten Ebenen wären, also an Nachhaltigkeitsstrategien von Land und Bund.

Dass die Finanz- und Personalausstattung für den Agendaprozess in Zeiten der Finanzkrise vielerorts eher schlechter denn besser werden könnte, machte Workshop-Teilnehmer Roland Pareik vom KölnAgenda e.V. deutlich. „Köln ist dabei, sich aus dem Dialog zu verabschieden und aus der Verantwortung zu ziehen.“ Zum Jahresende trete die Stadt aus dem Verein aus und stoppe die Zahlung ihres Mitgliedsbeitrags, mit der Begründung, sie bedürfe für ihr Nachhaltigkeitsengagement keiner externen Organisation mehr. „Für andere Kommunen ist das ein schlechtes Signal, wenn die größte Stadt des Landes so handelt.“

### In Solingen wurde seit 1997 schon viel bewegt

Was sich in einer Kommune bewegen lässt, die sich zur Lokalen Agenda 21 bekennt, brachte Ariane Bischoff den Workshop-Teilnehmer/-innen nahe. Die Agenda-21-Beauftragte der Stadt Solingen hatte ihren Vortrag mit vielen Beispielen gespickt. Zwar verringere auch die Stadt Solingen die Mittel für den Agenda-21-Prozess, aber selbst nach der Kürzung leiste sie sich immer noch eine Vollzeitstelle – weit mehr als der Großteil der Kreise, Städte und Gemeinden in NRW.

Bereits Ende 1997 startete in der Stadt im Bergischen Land das Engagement für Nachhaltigkeit, wobei anfänglich vor allem kirchliche entwicklungs- und umweltpolitische Gruppen die treibenden Kräfte gewesen seien. Am Anfang stand eine Reihe von konkreten Projekten. Doch schnell

habe man gemerkt, dass es zusätzlich eine konzeptionelle, strategische Ebene brauche. Aufbauend auf dem 2004 verfassten Nachhaltigkeitsbericht wurde 2006 erstmals ein Aktionsprogramm verfasst, das seither einen wichtigen Bezugsrahmen für alle Prozesse und Projekte darstellt. Das Aktionsprogramm hilft laut Ariane Bischoff, innovative Ansätze herauszuarbeiten und verbindet erfolgreich professionelles mit ehrenamtlichem Engagement. Außerdem helfe es, verschiedene Querschnittsthemen wie etwa Klimaschutz, demographischen Wandel, Integration und Inklusion zusammenzubringen.

31 Leitprojekte in den Bereichen Bildung, Familie, Integration, Klimaschutz, Stadtentwicklung und nachhaltiges Wirtschaften gebe es heute in Solingen. Beispielhaft nannte sie die städtische Klima-Allianz, die auch Projekte umfasse, die zu einem reflektierten Konsum- und Lebensstil sowie zu nachhaltigem Mobilitätsverhalten anregen. Durch eine breite Kooperation mit Handwerksinnungen, Stadtparkasse und Stadtwerken konnte ein Solarkataster auf den Weg gebracht werden. Weitere Beispiele waren ein Patenprojekt für Kinder- und Jugendliche sowie ein Netzwerk von Migrantenselbstorganisationen. Das Aktionsprogramm wird durch halbjährliche Projektberichte sowie eine begleitende Koordinierungsgruppe regelmäßig evaluiert und alle drei Jahre fortgeschrieben

### **Partizipation in allen Phasen ist das A und O**

Was lässt sich von dem viel gelobten Agenda-21-Prozess in Solingen lernen? Sehr wichtig ist laut Ariane Bischoff die Partizipation der Interessengruppen und aller interessierten Bürgerinnen und Bürger in allen Phasen, beginnend bei der Strategieentwicklung. Als weiteren entscheidenden Punkt nannte sie die Einbindung von Politik und Verwaltung. „Und schließlich müssen wir an Strategien des integrierten Nachhaltigkeitsmanagements arbeiten.“

Wie die Solinger Partizipation in der Praxis erfolgreich umsetzen, wurde auf Nachfrage eines Teilnehmers deutlich. Ariane Bischoff berichtete zum Beispiel von Aktionskonferenzen mit einer breiten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Bei ihnen stellten Projekt-Initiatoren ihre Ideen mithilfe von Aushängen vor, warben um Beteiligung und standen direkt Rede und Antwort. Ein anderes Format ist das World Café, das zu Diskussionen am Kaffeetisch einlädt. „Wichtig ist der direkte Austausch, weil er die Blickwinkel aus allen gesellschaftlichen Gruppen einbringt.“ Wie gut dies in Solingen gelingt wurde deutlich, als eine Teilnehmerin nach der Zahl der ehrenamtlich Engagierten im lokalen Agenda-21-Prozess fragte. Wie sich zeigte, ist diese so groß, dass die Referentin sie nicht benennen konnte: Allein beim jährlichen Kultur- und Umweltfest „Leben braucht Vielfalt“, das 2012 bereits zum

elften Mal stattfand, beteiligten sich rund 100 Initiativen und Vereine.

„Sie sind ein leuchtendes Beispiel“, lobte Dr. Walter Jakobi von der Lokalen Agenda 21 in Pulheim das Solinger Engagement. „Wir möchten dahin, wo Sie heute stehen. Ich möchte Sie gerne mit ein oder zwei Mitarbeitern besuchen.“ Sicherlich eine gute Idee, die dazu beiträgt, dass erfolgreiche Konzepte Schule machen.

### **Der Kreis Unna – vom Projekt zur strategischen Nachhaltigkeitsplanung**

Beim nachfolgenden Vortrag ging es weniger um bereits Erreichtes, sondern vielmehr um angestrebte Ziele. Ludwig Holzbeck, Fachbereichsleiter Natur und Umwelt des Kreises Unna, beschrieb den noch jungen Prozess der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie. Als erster Kreis in Deutschland hat sich der Kreis Unna eben erst engagiert auf den Weg gemacht, um aus den bisherigen sektoralen Ansätzen nach über 10 Jahren Agendaarbeit eine übergreifende Strategie zu entwickeln. Finanziell unterstützt wird der Kreis Unna dabei mit Mitteln des Projekts „Zukunfts-WerkStadt“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und wissenschaftlich von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW und dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung begleitet. Innerhalb weniger Monate sollen im Kreis nun Ziele und Indikatoren bestimmt werden. Wichtig sei, so der Referent, auch die Integration der lokalen Initiativen in die Nachhaltigkeitsbemühungen von Bund und Land. Er sieht die Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Unna als Mosaikstein in der Landesstrategie und als Modell für weitere Regionen, Kreise und Städte.

Mit Flächenmanagement, Mobilität, Klima sowie dem Themenkomplex Beschäftigung, Wirtschaft und Bildung hat sich der Kreis Unna vier Aufgabenfelder herausgesucht, in denen er sich besonders engagieren will. Der Referent wies auf einige besondere Herausforderungen hin, die zu bewältigen seien. „So ist es nicht ganz einfach als Kreis eine breite Bürgerbeteiligung hinzukriegen, weil die Aufgaben eines Kreises nicht so bekannt sind, wie das bei den Städten und Gemeinden der Fall ist.“ Zum Beispiel sei es beim Flächenmanagement aus Gründen der Nachhaltigkeit sinnvoll, wenn im Kreisgebiet pro Jahr maximal 40 Hektar Bauland beansprucht würden. Angesichts von zehn Städten im Kreis eine sehr kleine Fläche, um kommunale Pläne im Bereich Wohnen und Gewerbe zu realisieren. „Diskutieren Sie das mal mit den Kommunen, die ja die Planungshoheit in ihren Städten haben – das wird spannend.“

Anschließend gab Ludwig Holzbeck detaillierte Einblicke in die Planung der Strategieentwicklung, vom Zeit- und

Maßnahmenplan über die Ansätze zur Beteiligung der wesentlichen Akteure bis hin zu den angestrebten Zielen. Ein besonderes Augenmerk legt der Kreis Unna auf die Öffentlichkeitsarbeit, verriet Holzbeck. Hierfür wurde eigens die Wortbildmarke „LebensWerte“ entwickelt, die sich auch auf einer gleichnamigen Homepage wiederfindet. „Denn ich kann keinen Bürger und keine Bürgerin mit dem Begriff Nachhaltigkeitsstrategie ansprechen. Der Begriff Nachhaltigkeit wird heute millionenfach genutzt. Wir haben stattdessen gesagt: Wir wollen Werte für das Leben im Kreis Unna schaffen.“

### **Wie binden wir die junge Generation ein?**

Einen erfrischenden Perspektivwechsel brachte zum Abschluss der Vortrag von Philipp Reus, Teilnehmer von „Dialoge Zukunft Vision 2050“ des Nachhaltigkeitsrates und Mitglied der Jusos Gronau. „Ich frage mal zu Beginn in die Runde: Bin ich mit 23 der Jüngste hier?“ Natürlich eine rhetorische Frage, wie der Referent zugab. „Das ist Nachhaltigkeit in NRW: Eher eine Sache der mittleren und älteren Generation.“ Genau darum, wie sich dies ändern lässt, ging es auch. Schließlich seien Nachhaltigkeitsbestrebungen ja per Definition auf Generationengerechtigkeit angelegt. Nur warum interessieren sich junge Menschen relativ wenig dafür, wie sich heutige Konsum- und Lebensstile, politische Entscheidungen und weitere Faktoren auf ihre Zukunft auswirken?

Philipp Reus erklärte sich dies unter anderem mit mangelndem Problembewusstsein und fehlendem Leidensdruck: „Wir haben kein negatives Umfeld. Die Umweltfaktoren sind nicht schlimm, es stehen keine Probleme vor der Tür. Deswegen agiere ich nicht, mache nichts.“ Dass junge Leute eine enorme Kraft und Entschlossenheit aufbringen können, wenn sie die Notwendigkeit sehen, zeige das Beispiel des Arabischen Frühlings. Daher gelte es, die Jüngeren auch für ein Engagement in Sachen Nachhaltigkeit zu aktivieren und ihre Mitwirkung einzufordern. „Das mit Abstand wichtigste ist, Bewusstsein bei jungen Menschen zu schaffen, an ihrer eigenen Zukunft mitzubauen.“

### **Ohne klare Definitionen ist keine Verständigung möglich**

Wie dies (besser) gelingen kann, verriet er natürlich auch. So sei es für die Verständigung zwischen den Generationen zunächst einmal wichtig, den Rahmen abzustecken und Begriffe sowie Definitionen zu klären. Woran denken die Einzelnen, wenn sie über die Zukunft und über ihre Visionen sprechen? Der eine habe dabei vielleicht eine nahe Zukunft im Hinterkopf, denke drei bis fünf Jahre voraus, für den anderen ist eher die Welt in 50 Jahren gemeint. Wo solche Unterschiede im Verständnis unausgesprochen sind, sind Missverständnisse vorprogrammiert. „Es gibt

eine Diskrepanz zwischen Jüngeren und Älteren, die müssen Sie klären, sonst reden Sie über völlig verschiedene Sachen.“

Philipp Reus plädierte dafür, alle auf dem Weg der Nachhaltigkeit mitzunehmen und meinte damit nicht nur Alt und Jung. Auch eher bildungsferne Menschen dürften nicht vergessen werden. Auch müsse man bereit sein, neue Wege zu gehen und beispielsweise Veranstaltungen aus dem Konferenz- ins Jugendzentrum zu verlegen. Überhaupt sei es wichtig, praktische Hindernisse, die junge Menschen haben, aus dem Weg zu räumen. Junge Menschen mit einem geringen oder gar keinem Einkommen, könnten sich nun mal keine weiten Wege leisten, um Tagungen zum Thema Nachhaltigkeit zu besuchen.

Und noch eine ganz andere Idee könnte die Partizipation junger Menschen fördern: eine Generationenquote für politische Entscheidungen. Diese könnte beispielsweise so gestaltet sein, dass ein bestimmter Prozentsatz aller Stimmberechtigten jünger als 25 Jahre sein müssen.

Wer Jugendliche und junge Erwachsene für den Agendaprozess gewinnen will, muss neue Wege gehen, das wurde an diesen und weiteren Vorschlägen deutlich. Aber auch von den jüngeren Generationen selbst wünschte sich Philipp Reus, dass sie dazulernen. „Es wäre zum Beispiel wichtig, dass wir in den Schulen verstärkt das Denken in komplexen Systemen fördern, um ein interdisziplinäres Problembewusstsein zu schaffen.“ Und auch die Auseinandersetzung mit dem eigenen Konsumverhalten nannte er als wichtige Aufgabe. Mit einem schönen Zitat des US-Informatikers Alan Kay beendete der Referent seinen Vortrag: „Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen, ist, sie zu erfinden.“

Abschließend lud Moderator Dr. Klaus Reuter die Anwesenden dazu ein, den Diskurs fortzusetzen. Hierzu veranstalte die LAG 21 NRW im April 2013 ein Fachforum Nachhaltigkeit NRW.



## Bildungsaufgabe Nachhaltigkeit

**Sylvia Löhrmann, stellv. Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerin für Schule und Weiterbildung**

Vor 20 Jahren wurde erstmals der Begriff „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ geprägt. Vor sieben Jahren sagte Nelson Mandela in einem Interview: „Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht.“ Nun haben wir das Jahr 2012 und das Thema „nachhaltige Bildung für nachhaltige Gerechtigkeit“ wird immer drängender.

In Deutschland verbinden wir mit „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in erster Linie die Anliegen der Umweltbildung, des Globalen Lernens und des Klimaschutzes. Das nordrhein-westfälische Schulgesetz nennt unter den Erziehungszielen ausdrücklich die „Achtung vor der Überzeugung der Anderen, die Verantwortung für Tiere, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ sowie die „Friedensgesinnung“. Mit dem Beschluss des Landtags vom Februar 2012 über ein „Teilhabe- und Integrationsgesetz“ kam ein weiterer Aspekt hinzu. Das Erziehungsziel ist, „Menschen unterschiedlicher Herkunft vorurteilsfrei zu begegnen, die Werte der unterschiedlichen Kulturen kennenzulernen und zu respektieren sowie für ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben einzustehen.“ Unsere Kinder von heute gestalten die Welt von morgen.

### **Erfolgsgeschichten sind wichtig**

Diesen Ansatz müssen wir auch auf die internationale Öffentlichkeit übertragen. Hier wird „Bildung für nachhalti-

ge Entwicklung“ in der Regel in zwei Zusammenhängen diskutiert: erstens als „Bildung für alle“ und zweitens als „Bildung von Mädchen und Frauen“. Es ist nachweisbar, dass die Bildung von Mädchen und Frauen zu einem besseren und nachhaltigeren Leben beiträgt. Wir beobachten in vielen sogenannten „Entwicklungsländern“: Wo es wirksame Programme zur Bildung von Mädchen und Frauen gibt, sinken Armut und Hunger, die Geburtenrate und die Ansteckungsgefahr mit HIV. Die gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie der Wohlstand jedoch steigen.

Solche Erfolgsgeschichten sind auch für uns hier in Nordrhein-Westfalen und Deutschland wichtig. Fast jede Tageschau vermittelt uns, unseren Kindern und Jugendlichen den Eindruck einer wenig nachhaltigen und eher unwirtschaftlichen Welt. Armut, die Folgen des Klimawandels, das Elend von Flüchtlingen, Wassermangel und Hunger, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, politischer Extremismus, militärische Interventionen und terroristische Anschläge – eine Welt, die so betrachtet nicht nur viel Schlimmes bietet, sondern auch noch den Eindruck vermittelt, als sei sie nicht zu verändern.

### **Gestaltungskompetenz und Zuversicht fördern**

Umso wichtiger ist es, möglichst früh Gestaltungskompetenz in einem umfassenden und ganzheitlichen Sinne zu fördern sowie den Umgang mit Widersprüchen, Wahrscheinlichkeiten und Risiken einzuüben. Kinder müssen

früh lernen, dass sie nicht ohnmächtig sind, sondern etwas verändern können. Das erfordert Urteils- und Problemlösungskompetenz sowie Handlungsfähigkeit. Zentral ist, dass sie die Zukunft der Gesellschaft als gestaltbar begreifen und Zuversicht entwickeln. Etwas gestalten können, Mut zur Veränderung haben – diese Zuversicht als innere Stärke und Vertrauen auf eine Zukunft brauchen alle Kinder.

Gestaltungskompetenz wird zunehmend zum Leitbild von Lehrplänen, Fortbildungen und nicht zuletzt in der von mehreren Ministerien gemeinsam gestalteten Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“. Sie wird jetzt schrittweise in dem in Arbeit befindlichen Referenzrahmen zur Schulqualität in Nordrhein-Westfalen verankert. Je mehr Schule vom Lehr- und Lernraum zur Schule als Lebensraum für alle Kinder – unabhängig von Fähigkeiten, Fertigkeiten, Herkunft oder Behinderungen – wird, desto mehr können unsere Kinder dieses ganzheitliche Lernen erfahren und daraus Kraft schöpfen.

Ich möchte eine Erfolgsgeschichte erzählen: Vor einer Woche habe ich die erste „FairTrade-Schule“ Deutschlands ausgezeichnet. An dieser Schule, dem Suitbertus-Gymnasium in Düsseldorf, sagten die Schülerinnen und Schüler: Moment mal, fairer Handel, warum fangen wir nicht in unserer Schule damit an? Und die Schülerinnen und Schüler einer benachbarten Hauptschule sagten: Wenn wir Kinderschokolade essen, dann möchten wir nicht, dass diese Schokolade mit Kinderarbeit produziert wird. Wir können unsere Kinder und Jugendlichen erreichen, und sie machen daraus eine ganz große Erfolgsgeschichte!

### **Werte vermitteln**

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist viel mehr als ein Unterrichtsprinzip unter anderen. Sie ist Bildung und Erziehung zu einer Demokratie in einer Gesellschaft der Vielfalt. Sie ist eine Frage der Werte, eine Frage der Haltung, und

insofern geht es auch um Persönlichkeitsbildung. Globales Lernen für nachhaltige Gerechtigkeit erfordert besondere Basisfertigkeiten, beispielsweise das Verstehen anderer Kulturen und ihrer Interessen, das Sprechen und Verstehen anderer Sprachen und anderer Zugänge zu unserer Welt. Natürlich gehört dazu auch naturwissenschaftlicher Unterricht, wenn es darum geht, komplexe Zusammenhänge in unserer Welt zu erkennen, zu verstehen und als veränderbar einzuordnen. Vor allem aber die in der Schule ge- und erlernte Achtsamkeit und der Respekt gegenüber allen Menschen und Geschöpfen auf der Welt. Je mehr unsere Kinder und Jugendlichen genau dies erleben, und zwar schon früh in Kindergarten und Grundschule, desto demokratischer, humaner, sozialer und nachhaltiger wird unsere Gesellschaft.

### **Nachhaltigkeit als Chance begreifen**

Nachhaltigkeit ist keine Bürde. Sie ist eine Chance und macht Freude. Wir müssen die Zusammenhänge zwischen den Fächern, zwischen Unterricht und außerschulischen Angeboten erkennbar machen. Wir müssen zulassen, dass sie sich eher von unten und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickelt. Und wir müssen den Rahmen setzen, damit viel davon möglich wird. Nur so können wir Kindern und Jugendlichen die Einstellung und die Kompetenzen vermitteln, die sie brauchen, um in einer demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft verankert zu sein.

Ich wünsche mir, dass Erfolgsgeschichten unseren Schulalltag bestimmen. Wir – und vor allem unsere Kinder und Jugendlichen – brauchen Zuversicht und Zeit. Also nehmen wir uns diese Zeit, tragen wir diesen Gedanken einer nachhaltigen Bildung in einem sehr umfassenden Sinne in unsere Bildungsinstitutionen und -einrichtungen hinein. Für unsere Kinder, für die nachhaltige Gerechtigkeit und für Wertschätzung aller Menschen und allen Lebens auf unserem Planeten.



## Nachhaltige Städte als politische und ökonomische Chance

**Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gerade angesichts der Globalisierung, angesichts der sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft, der Spaltung in arm und reich, ist das Bedürfnis vieler Menschen nach sozialer Geborgenheit, Sicherheit und Orientierung größer geworden und wird weiter wachsen. In einer von Verunsicherung geprägten Welt, brauche ich einen Ort, an dem ich mich sicher und aufgehoben fühle. Dieser Ort ist die Heimat. Das darf nicht als konservativer Begriff missverstanden werden, sondern Heimat hat mit einem emanzipatorischen Gefühl sozialer Sicherheit zu tun, das ich in Beziehung zu anderen habe.

Es ist wichtig, soziale Stadt umfassender zu sehen und immer mehr das eigene Stadtviertel als die eigenen vier Wände zu begreifen. So wird Wohnungspolitik und Wohnraumförderung zu Sozialraumpolitik und -förderung. Das, was sich vor meiner Haustüre abspielt, bestimmt ganz maßgeblich über die soziale Qualität meines alltäglichen Lebens. Deshalb empfinde ich eine große Verantwortung dafür, Stadtentwicklung als Stadtteilentwicklung zu begreifen.

### **Bürgerbeteiligung im Quartier**

Das setzt voraus, dass Bürgerbeteiligung funktioniert. Ein Quartier, das lebt und getragen wird von sozialer Mitver-

antwortung und gelebter Nachbarschaft, gelingt nur, wenn die Menschen ihr Umfeld mitgestalten. Bürgerliches Engagement muss sich vernetzen können, um aktions- und ergebnisorientiert wirken zu können, füreinander Verantwortung zu empfinden und Verantwortung zu leisten. Damit sich noch mehr Menschen engagieren, sind gute Rahmenbedingungen unerlässlich. Eine aktive Bürgergesellschaft braucht einen Staat, der Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement schafft.

### **Zukunftsfähige Verkehrsmodelle**

Zur Stadtentwicklung gehört auch der Verkehr. Wie kann ich Quartiere durch Nahmobilität abbilden, indem ich ganz bestimmte Reisegeschwindigkeiten aussperre? Der Bezugspunkt im Quartier ist nicht die Geschwindigkeit von 50 km/h, sondern die Geschwindigkeit eines Rollators, eines geschobenen Kinderwagens oder eines Kinderrollers. Daran lässt sich erkennen, welche Gegebenheiten ich schaffen muss und welche Verkehre sich anderswo abspielen müssen.

Das Verkehrsmodell der Zukunft wird nicht mehr geprägt vom Golf GTI, sondern vom Handy als Zündschlüssel der Zukunft. Ich denke nicht mehr über den Besitz eines Autos, eBikes oder Motorrads nach, sondern wie ich mit meinem

Handy Mobilitätsteilhabe kilometerscharf abrechnen kann: Ich steige auf ein eBike, dann in ein öffentliches Nahverkehrsmittel, entweder einen sauberen Bus oder in eine Straßenbahn, kann haltestellenscharf mit meinem Smartphone abrechnen, steige dann im Rahmen von Car Sharing um in ein Fahrzeug, das ich mir mit anderen Arbeitskollegen teile, und gelange so von meinem Wohnort an meinen Arbeitsplatz. Teilhabe statt Besitz wird das prägende Moment sein im individuellen Verhältnis zu den Verkehrsmitteln. Deshalb wird Mobilität eine ganz herausragende Rolle spielen und wir tragen als Stadtentwickler eine große Verantwortung dafür.

### **Klimaschutz darf weder Mieter noch Investoren überfordern**

Mehr als sechs Millionen unserer acht Millionen Wohnungen in NRW wurden vor 1977, dem Jahr der ersten Wärmeverordnung, gebaut. Bei diesem Wohnungsbestand werden noch 250 bis 300 Kilowattstunden pro Quadratmeter Wohnfläche im Jahr für die Heizung und Warmwasserbereitung benötigt. Heute liegen wir im Neubau bei rund 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr. Deutlicher lässt es sich nicht beschreiben, wie sehr energetische Gebäudesanierung auch ein Gebot sozialer Verantwortung ist. Die sogenannte „2. Miete“ kann man sonst nicht bezahlbar halten. Dies wiederum ist Voraussetzung für eine wirtschaftlich vernünftige Vermietbarkeit von Wohnungen.

Bei der energetischen Gebäudesanierung im Wohnungsbestand kommt es auf intelligente Konzepte an. So ein intelligentes Konzept kann nicht am einzelnen Haus ansetzen. Wir werden nicht jeden Bau nach dem „Schema F“ umrüsten können. Das wäre sozial ungerecht und wirtschaftlich unvernünftig. Wir müssen daher auf Siedlungsbereiche, auf Quartiere schauen, um unterm Strich das jeweilige Klima-

ziel zu erreichen. Wir werden demnach überlegen müssen, wie ein energetisches Gebäudesanierungsrecht der Zukunft aussehen könnte und prüfen, wie es möglicherweise mit Hilfe neuer rechtlicher Instrumente zu erreichen ist.

### **Masterplan Stadtteilentwicklung**

Wir werden einen Masterplan Stadtteilentwicklung auflegen, der gute Beispiele präsentiert. Es gibt viele verantwortliche Wohnungsbauunternehmen, -genossenschaften, Eigentümergemeinschaften und bürgerschaftliche Initiativen, die sich schon heute vorbildlich um ihr Quartier kümmern und bauliche Verantwortung übernehmen. Diese guten Beispiele wollen wir dokumentieren und mit dem Masterplan Stadtteilentwicklung auch eine Art „alternativen Reiseführer“ auflegen, damit jeder durch Nordrhein-Westfalen reisen und Anregungen aufnehmen kann – für sein eigenes Handeln.

Es ist gut, wenn wir vernetztes Handeln für nachhaltige Entwicklung auch dadurch deutlich machen, dass wir ressortübergreifend gemeinsam agieren, dass wir Ressortgrenzen von Fachministerien überwinden mit einer gemeinsamen Zielsetzung. Es gibt immer unterschiedliche Verantwortungen, aber letztendlich muss Teamarbeit im Vordergrund stehen.

Zurück zum Anfang: Heimat ist für mich ein Ort, wo ich nachhaltig und gut geschützt leben kann, wo ich nicht darauf angewiesen bin, mich ins Auto oder Taxi zu setzen, um zum nächsten Megastore zu fahren. Das Aussterben von Tante-Emma-Läden empfinde ich nicht als gesellschaftlichen Fortschritt und schon gar nicht als nachhaltig.

Wir wissen, wie vielfältig die Aufgabe ist. Ich leiste meinen Teil und hoffe, wir gemeinsam erreichen möglichst viel.



Dr. Hermann Ott, Andreas Esche, Dr. Lale Akgün (v.l.n.r.)

## Gesprächsrunde zu den Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes- und europäischer Ebene sowie zur Eine-Welt-Strategie NRW

### Teilnehmer/innen:

**Dr. Lale Akgün,**  
**Gruppenleiterin für Internationale Angelegenheiten**  
**bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien**

**Andreas Esche,**  
**Director Programm Nachhaltig Wirtschaften, Bertelsmann Stiftung**

**Dr. Hermann Ott MdB,**  
**Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**  
**des Deutschen Bundestages**

**Moderation: Jürgen Döschner, WDR**

**Jürgen Döschner:** Herr Ott, wenn wir hier über so etwas vergleichsweise Kleinteiliges reden wie den Beitrag einer Stadt zur „Rettung der Welt“: Kann eine Stadt einen Beitrag leisten, wenn der Bund nicht mitzieht? Kann Deutschland einen Beitrag leisten, wenn die internationale Gemeinschaft nicht mitzieht?

**Hermann Ott:** Auf jeden Fall. Wir dürfen nicht versuchen wollen, alle einzubeziehen. Wir müssen unterschiedliche Geschwindigkeiten zulassen. Gerade nach Rio im Juni dieses Jahres hatte man sehr stark das Gefühl, dass diese Form der Zusammenarbeit an ihre Grenzen gerät und es wichtig ist, Untergruppen mit gleichgesinnten Staaten zu

bilden und voranzugehen. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine Vorreiterpolitik nicht nur ethisch-moralisch geboten ist, sondern auch ökonomisch vorteilhaft ist. Im Bereich erneuerbare Energien z.B. haben wir 380.000 Arbeitsplätze. Es ist eine Kernidee, dass Ökologie und Soziales Hand in Hand gehen müssen. Und das wird in den nächsten Jahren ungeheuer wichtig sein.

Auf nationaler Ebene haben wir eine tolle Nachhaltigkeitsstrategie und auch das Land NRW ist unterwegs und entwickelt eine Eine-Welt-Strategie. Die Landesebene kann von dem lernen, was auf nationaler Ebene gelaufen ist – auch falsch gelaufen ist. Aus meiner Erfahrung sage ich:

### 43 Gesprächsrunde zu den Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes- und europäischer Ebene sowie zur Eine-Welt-Strategie NRW

nicht zu viele Kriterien und Indikatoren! Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat 38 Indikatoren – das ergibt zwar ein umfassendes Bild, aber wer kennt die Indikatoren und weiß, wie sie sich weiterentwickeln? Wenige, aber starke Indikatoren sozialer und ökologischer Art helfen, den Fokus der Aufmerksamkeit wegzurücken von der rein ökonomischen Betrachtung.

Eine zweite Lehre ist die Bedeutung der institutionellen Verankerung. Bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie legten wir darauf großen Wert – aber was nützt es ohne Möglichkeiten der Durchsetzung? Wie stark ist der Einfluss der Nachhaltigkeitsstrategie auf die Tagespolitik der Bundesregierung? Er ist relativ gering. Wenn man eine Institution einrichtet, muss sie auch Zähne haben, d.h. sie muss Drohmittel haben. Ein Beispiel wäre das Recht eines Nachhaltigkeitsrates, Gesetzgebung zu verzögern. Dann hätten die Gesetzgeber ein viel offeneres Ohr für die Anliegen der Nachhaltigkeit. Ich wünsche mir für Nordrhein-Westfalen, das mit dem Klimaschutzgesetz schon Vorreiter in Deutschland ist, dass es hier auch in Führung geht.

**Jürgen Döschner:** Frau Akgün, Sie erarbeiten eine Eine-Welt-Strategie für Nordrhein-Westfalen. Das passt theoretisch gut mit dem Thema Nachhaltigkeit zusammen. Wie passt es praktisch zusammen?

**Lale Akgün:** Die gute Nachricht vorweg: Die Strategie ist fertig abgestimmt. Partizipation und Transparenz sind relevante Faktoren zur Gestaltung nachhaltiger Entwicklung. Deshalb haben wir die Bürgerinnen und Bürger in NRW dazu eingeladen, bei der Eine-Welt-Strategie mitzumachen. So gesehen war unser Konsultationsprozess praktizierte Nachhaltigkeit und ein voller Erfolg, weil sich viele beteiligten. Unsere Eine-Welt-Politik muss die politische Antwort für die nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung im Land NRW und für unsere Partner in der Welt sein. Drei Fakten möchte ich hervorheben:

Zum einen ist Nachhaltigkeit die Antwort auf globale Herausforderungen wie Armut, Hunger, Klimawandel, Umweltveränderungen oder Ressourcenkonflikte. Gleichzeitig ist Nordrhein-Westfalen Teil der Weltgemeinschaft und trägt als bedeutender Industriestandort und bevölkerungsreichstes Bundesland Mitverantwortung für eine friedliche und gerechte Welt. Heute wurde mehrfach gesagt: Global denken, lokal handeln. Ich sage: lokal denken in NRW und global handeln in der Welt. Auch so herum muss man denken.

Nachhaltig wirken heißt auf seine eigenen Stärken bauen. Angesichts knapper finanzieller Ressourcen müssen wir diese im Bezug auf die Eine-Welt-Strategie effektiv einsetzen. Wir haben uns deshalb auf bestimmte Handlungsfel-

der verständigt, um eine möglichst hohe Wirksamkeit zu erzielen. Diese Handlungsfelder spiegeln die Kompetenzen und Stärken Nordrhein-Westfalens wider sowie die rechtlichen Zuständigkeiten eines Landes.

Drittens ist die Eine-Welt-Politik ein Instrument zur Sicherung unserer Zukunftsfähigkeit. Die heutigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht mehr im Alleingang lösen. Gleichzeitig wirken politische, ökonomische und soziale Prozesse in der Welt auf unser gegenwärtiges wie zukünftiges Leben in NRW. Somit haben wir als Bundesland auch ein begründetes Eigeninteresse, uns für eine Eine-Welt-Politik zu engagieren. Entsprechend verfolgen wir mit unserem Ansatz, solidarisches Handeln und Eigeninteresse zu verbinden.

**Jürgen Döschner:** Herr Esche, Sie suchen für den Reinhard-Mohn-Preis 2013 weltweit nach der erfolgreichsten Strategie für eine nachhaltige Zukunft. Wäre Bottrop auch ein möglicher Kandidat?

**Andreas Esche:** Es ist hochspannend, was auf der lokalen Ebene passiert. Aber wir haben uns entschieden, auf die nationale Ebene zu schauen, oder auch ggf. auf einzelne Staaten in den USA oder Provinzen in anderen Ländern, wo es eine eigene Rechtshoheit gibt. Die Idee des Reinhard-Mohn-Preises ist, im Ausland nach interessanten Lösungen für drängende gesellschaftliche Probleme zu suchen, aus denen man lernen kann. Im Juni 2013 wird der Preis vergeben, die internationale Recherche läuft und unser Ziel ist es, nur erfolgreiche nationale Strategien auszuzeichnen. Nicht Strategien als Selbstzweck, sondern zu zeigen, wo sie tatsächlich zu positiven Veränderungen geführt haben.

Wir haben eine Reihe solcher Beispiele gefunden. Es ist festzustellen, dass Nachhaltigkeitsstrategien mittlerweile in vielen Ländern Eingang in die Planungsverfahren gefunden haben. Sehr positiv finde ich, dass manche Länder gerade die Wirtschaftskrise des Jahres 2008 genutzt haben, um notwendige Wachstumspakete ganz bewusst mit dem Thema Nachhaltigkeit zu verbinden. Das sehe ich als strategisches Herangehen für die Verankerung und positive Besetzung des Themas vor Ort. Erwähnenswert ist außerdem, dass es zunehmend gelingt, Länderebene und nationale Ebene intelligent miteinander zu verknüpfen. Da machen uns manche etwas vor.

Es gibt aber auch Herausforderungen. Was passiert, wenn die Ziele verfehlt werden? Wer trägt Verantwortung und gibt es Sanktionen? Was wir feststellen können ist, dass eine Reihe von Initiativen in Europa wieder am kippen sind, z.B. die „Sustainable Development Councils“. Es hakt daran, die Strategien zur Wirkung zu bringen und die Institutionen dafür erfolgreich zu nutzen. Evident sind auch

die Unklarheiten der Konzepte. Das unter dem Label „Green Growth“ viel diskutierte südkoreanische Modell beispielsweise hat sehr viel mit „Growth“ zu tun, aber wenig mit unserer Definition von „Green“. Wir müssen ein gemeinsames Verständnis von solchen Labels entwickeln. Das gilt auch für den Begriff des Wohlstands. Ein alternatives Maß zu erstellen, heißt noch nicht, dass Sie die Funktionsweise des Marktes verändert haben. Wir müssen aber die Regeln des Spiels verändern und nicht nur die Anzeige der Spielstände. Das ist eine fundamentale Frage, auf die die Ökonomen bisher leider noch keine überzeugende Antwort haben.

**Jürgen Döschner:** Herr Ott, Sie haben direkt eine Anmerkung zu Herrn Esche?

**Hermann Ott:** Ein phantastischer Überblick, den Sie da gegeben haben. Eine der Erkenntnisse aus der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ist, dass man systematisch vorgehen muss und nicht auf einzelne Sektoren oder Maßnahmen schauen darf. Beispiel Rebound-Effekt oder Backfire: Eine einzelne Effizienzmaßnahme kann dazu führen, dass nicht weniger sondern mehr verbraucht wird an Ressourcen oder mehr Schadstoffe ausgestoßen werden. Wir müssen die Interaktion der Systeme untereinander beachten und die Wirtschaft als Ganzes betrachten. Kleinteilige Maßnahmen sind wichtig, aber sie müssen in eine ganzheitliche Strategie eingebettet sein und die muss dafür sorgen, dass das ökonomische und ökologische Handeln wieder kongruent ist: Derjenige, der ökonomisch richtig handelt, handelt auch ökologisch richtig.

**Jürgen Döschner:** Ich habe den Eindruck, den Menschen wird vermittelt: Wir müssen das mit der Nachhaltigkeit machen, aber ihr müsst euch nicht einschränken. Wir sind bereit, anders zu fahren, aber nicht weniger. Wir sind bereit, anders Strom zu verbrauchen, aber nicht weniger. Liegt nicht eines der Grundprobleme darin, dass wir den Leuten nicht die Wahrheit sagen?



**Dr. Hermann Ott MdB,**  
Mitglied des Ausschusses  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit  
des Deutschen Bundestages



**Andreas Esche, Director Programm Nachhaltig Wirtschaften, Bertelsmann Stiftung**

**Lale Akgün:** Die Wahrheit wird gesagt, aber wird sie von den Menschen internalisiert und angenommen? Viele denken offenbar, ein ökologisches Leben sei ein freudloses Leben, wie bei einer Nonne im Kloster: kein Auto mehr, kein Fleisch mehr auf dem Teller, nur noch Ora et Labora. Davon müssen wir weg, ökologisches Denken muss Mainstream werden. Wir müssen den Leuten klar machen, dass es so nicht weitergeht. Irgendwann stoßen wir an die Grenze und mit dem zur Zeit vorgelegten Tempo haben wir keine Überlebenschance. Ich frage mich, ob man das erst erleben muss, um es zu kapieren, oder ob es reicht, es zu simulieren.

**Jürgen Döschner:** Herr Ott, die Grünen forderten vor vielen Jahren: Benzin muss fünf Mark kosten. Heute höre ich von den Grünen das Gleiche wie vom ADAC: Die bösen Konzerne zocken die Autofahrer ab.

**Hermann Ott:** Das hat uns damals ganz schön geschadet und das wirkt nach. Aber im Prinzip sind wir weiterhin dafür, dass Energie teurer sein muss. Heute meckern wir vor allem, weil die Ölkonzerne diese Gewinne völlig unrechtmäßig einstreichen. Es gibt drei direkt wirkende Maßnahmen gegen den Rebound-Effekt. Eine davon ist Streichung ökologisch schädlicher Subventionen – laut Umweltbundesamt geben wir 48 Mrd. Euro für Umwelt- und klimaschädliche Subventionen aus. Das zweite sind „Caps“, Obergrenzen für den Verbrauch von Rohstoffen oder den Ausstoß von Schadstoffen. Ein erfolgreiches Prinzip, das gesamte Emissionsschutzrecht beruht auf „Caps“. Das dritte ist die Preisgestaltung, also die ökologische Steuerreform. So kann Systemverschiebungen entgegengewirkt werden.

Tatsache ist, wir haben hier einen Zielkonflikt und wir müssen darauf achten, welche Folgen das Handeln in einem Gebiet für das andere hat. Was ökologisch wirksam ist, darf soziale Benachteiligung nicht verstärken oder umgekehrt. Bisher tut es das. Unsere Klimapolitik verteilt von unten nach oben um, das ist bei den Strompreisen und beim Emissionshandel zu sehen.

**Andreas Esche:** Es ist klar, dass es bei diesem Thema um die Ganze geht. Es ist eine Bewährungsprobe für unsere Gesellschaft und die Art, wie wir miteinander funktionieren, also auch für das politische System. Derzeit führen die reflexartigen Reaktionen auf Vorschläge des einen oder des anderen und das gegenseitige Austarieren zur Verlangsamung bis hin zum Nichtstun. Die Frage ist, wie wir solche Prozesse, wie die Enquete-Kommission, zu einem verbindenden Element über die parlamentarischen Gruppen hinweg machen und eine Nachhaltigkeitsstrategie vorbereiten können. Wenn wir eine Strategie haben, ist es außerhalb der Pflicht der Politik, das zu kommunizieren. In einer der ersten Reden heute hieß es, der mündige Bürger sei eine seltene Erscheinung. Das halte ich für fragwürdig. Die Erfahrungen, die wir machen, zeigen uns ein anderes Bild.

**Jürgen Döschner:** Vielleicht sind die Bürgerinnen und Bürger ja doch viel weiter?

**Andreas Esche:** Die sind meines Erachtens ziemlich weit. Der Schritt von der Wahrnehmung der Herausforderung hin zur eigenen Verantwortung und Veränderung ist von ihnen zu leisten. Aber es ist Aufgabe der Politik, den Leuten eine Idee zu geben, wo es hingehen kann. Genau da sind Ihre fünf Mark Benzinpreis damals schief gegangen, weil dieser Transfer nicht stattfand.

**Hermann Ott:** Am wichtigsten ist Mut. Von uns, den Politikern, auch mal unangenehme Dinge auszusprechen, aber auch von den Bürgerinnen und Bürgern. Bezüglich der Frage, ob unsere politischen Systeme überhaupt noch handlungsfähig sind, schielen manche schon nach China. Aber ich warne davor, so eine Art „sanften Autoritarismus“ als Lösung der Probleme anzusehen. Erstens fehlt es in solchen Systemen an Sensoren – Demokratien haben Frühwarnsysteme eingebaut, die dafür sorgen, dass wir Probleme in der Politik angehen. Und zweitens ist die Legitimation in demokratischen Systemen sehr viel höher. Trotzdem müssen wir uns fragen, ob unsere Systeme darauf ausgelegt sind, weil bei unseren Wahlzyklen sehr kurzfristige Interessen dominieren. Nachhaltigkeitsräte waren ja ursprünglich dazu gedacht, die Interessen der zukünftigen Generationen zu vertreten. Das ist uns bis heute nicht richtig gelungen.

**Jürgen Döschner:** Frau Akgün, Sie leiten die Schlussrunde ein.

**Lale Akgün:** Unsere Generation hat die Problematik vom Kopf her verstanden. Aber ich glaube es ist noch nicht auf die Gefühlsebene heruntergerutscht. Uns hindert das jahrtausendealte Wissen: Je mehr ich habe, je mehr ich konsumiere, desto wichtiger bin ich, desto besser geht es mir. Wenn wir wirklich wollen, dass es allen in der Einen



**Dr. Lale Akgün, Gruppenleiterin für Internationale Angelegenheiten bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien**

Welt besser geht, müssen wir akzeptieren, dass wir bescheidener leben müssen. Aber diese Einsicht braucht Zeit und könnte noch einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Das Problem ist: Wir haben diese Zeit nicht mehr.

**Andreas Esche:** Aus einer persönlichen Wahrnehmung: Ich habe zwei Söhne, die vor zwei Jahren Hardcore-Vegetarier geworden sind, da kann ich mich mit meinen Vorlieben ganz schlecht anpassen. Immerhin – ich arbeite daran.

**Jürgen Döschner:** Das passt zu einer Frage aus dem Publikum, warum auf einer solchen Veranstaltung zur Nachhaltigkeit Fleisch angeboten wird.

**Lale Akgün:** Ich sag Ihnen mal was: Meine Tochter ist Veganerin geworden.

**Jürgen Döschner:** Alles ist noch zu toppen.

**Andreas Esche:** Emotionen, das ist auch unser Thema: Gute Geschichten erzählen auf vielen verschiedenen Kanälen. Das passiert nicht einfach so, dafür braucht es Kommunikationsstrategien.

**Hermann Ott:** Ich will nicht wie das Wort zum Sonntag enden. Aber meine Erfahrung ist, dass es gut ist, am Ende etwas Positives zu sagen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es für uns als Individuen aber auch als Gesellschaft möglich ist, umzusteuern. Freiwillige Selbstbeschränkung zu praktizieren. Sie sprachen den Bereich Ernährung an: Wir sind von unserer Genetik darauf geeicht, zu füttern, was das Zeug hält. Denn traditionell gab es 100.000 Jahre lang meistens nix zu füttern und wenn man etwas hatte, musste man reinhauen. Aber wir haben es geschafft, diesen inneren Zwang zu regulieren, so dass wir alle jeweils die für uns ideale Balance beim Gewicht gefunden haben und nicht auf der Straße herumkullern. Das muss uns als Gesellschaft gelingen: Nicht unbedingt alles zu tun, was wir tun können. Das wird die Herausforderung sein – und ich bin Optimist!



## Schlussfolgerungen

### Udo Paschedag, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Diese Tagung hatte nicht nur hoch interessante Themen und Workshops, sondern sie konnte auch humorig sein. Frau Ministerin Löhrmann hat darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig es ist, Zuversicht und Freude zu vermitteln.

Danke für das große Engagement der Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und der Landesministerien im Rahmen dieser Tagung: Das ist ein guter Ansatzpunkt für stabile Nachhaltigkeitsnetzwerke in NRW. Nachhaltigkeit ist für die gesamte Landesregierung ein zentrales Thema. Wir haben uns auf Nachhaltigkeit verpflichtet und darin liegen auch eine Menge Chancen.

Vielen Dank nochmals an Minister Groschek, der hier zu den Themen Stadtentwicklung, Klimaschutz und Mobilität gesprochen hat. Insbesondere freue ich mich auf die Diskussion mit Ihrem Hause, neue rechtliche Instrumente zur energetischen Gebäudesanierung zu entwickeln. Daran sind wir aus unserem Hause natürlich besonders interessiert und werden uns auch aktiv einbringen.

Wir hatten mit Bedacht vier Schwerpunktthemen für diese erste Auftaktveranstaltung ausgewählt. **Klima und Energie** war ein Thema in ihren Workshops. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich mit dem Klimaschutzgesetz als eines der ersten Bundesländer überhaupt aufgemacht, einen völlig neuen Weg zu gehen. Insbesondere NRW mit seiner industriellen Struktur hat die Chance, anderen Ländern Zuversicht zu geben und zu zeigen: Auch mit einer Industriegesellschaft kann es funktionieren. Ich sehe darüber hinaus auch noch die friedenspolitische Komponente der Nachhaltigkeit. Es sollen keine Kriege um die letzten fossilen Energiereserven geführt werden, deshalb ist eine nachhaltige Ressourcennutzung so wichtig.

Bildung als Querschnittsherausforderung war das Thema von Ministerin Löhrmann und ebenfalls Thema eines Work-

shops. Zur **Bildung für nachhaltige Entwicklung** möchte ich Ihnen ein Erlebnis schildern: Vor vierzehn Tagen habe ich im Rahmen des Projektes „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ Preise an Schulen vergeben und mir den Markt der Möglichkeiten der Schüler dort angeschaut. Wenn Sie erleben könnten, wie begeistert diese Schülerinnen und Schüler ihre Projekte vorstellen! Da wächst Zuversicht und so kann Zuversicht auch wieder in der Politik wachsen. Die Zuversicht, auf dem richtigen Weg zu sein und an dem Thema genau so weiterzumachen.

Das Thema **nachhaltiges Wirtschaften** haben viele Unternehmen längst begriffen und sich schon auf den richtigen Weg gemacht, auch in Nordrhein-Westfalen. Mit unserer Effizienz-Agentur, die sich um Ressourceneffizienz kümmert und Anlaufstelle für insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen ist, sind wir auch da Vorreiter in der ganzen Bundesrepublik.

Die **Lokale Agenda** hat ein großes Potenzial in vielen Städten und Gemeinden. Frau Akgün, Sie hatten gesagt „lokal denken und global handeln“, ich würde das gerne ergänzen: lokal denken und lokal und global handeln. Wenn es nicht von unten anfängt, wo soll es denn dann beginnen? Jeder muss ein Stück weit für sich selbst anfangen. Nicht nur die Verbraucher sondern auch die Kommunen haben die Pflicht, Verantwortung für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz zu übernehmen.

Die Themen der heutigen Tagung sind sicher nicht abschließend. In den nächsten Jahren werden wir den Nachhaltigkeitsprozess weitergestalten und eine Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickeln. Diese Tagung heute war eine Auftaktveranstaltung dazu. Wir werden künftig auch andere Gesichtspunkte wie die soziale Dimension, Friedenspolitik oder Auswirkung auf die Meere noch stärker berücksichtigen.

## Durchgeführtes Programm

### „Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen – Wege in eine nachhaltige Zukunft“

Duisburg, 21. November 2012

- 10:15 Uhr **Grußwort**  
Dr. Peter Greulich, Stadtdirektor der Stadt Duisburg
- 10:20 Uhr **Nachhaltigkeit in NRW**  
Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen  
  
Verabschiedung des ehem. Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, Karl Lamers MdB a.D., durch Minister Remmel
- 10:45 Uhr **Rio +20: Zwei Jahrzehnte „nachhaltige Entwicklung“ – und was nun?**  
Dr. Reinhard Loske, ehem. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, MdB a.D., Bremer Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa a.D.
- 11:15 Uhr **Verpflichtung oder Chance: Nachhaltigkeit und Wirtschaft**  
Dr. Wolfgang Große Entrup, Vorstandsvorsitzender von econsense – Forum nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V., Leiter Konzernbereich Environment & Sustainability, Bayer AG
- 11:25 Uhr **Epochenwechsel – die Leitidee der Nachhaltigkeit aus Sicht der Naturschutz- und Umweltverbände**  
Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Sachverständiger der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär im BMU a.D.
- 11:40 Uhr **Nach Rio +20: Schlussfolgerungen für Deutschland**  
Olaf Tschimpke, Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Bundesvorsitzender NABU
- 11:50 Uhr **Nachhaltigkeit in NRW aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion**  
Rainer Deppe MdL, CDU-Fraktion im Landtag NRW
- 12:00 Uhr **Gesprächsrunde mit Vertretern der Fraktionen im Landtag NRW**  
– Rainer Deppe MdL, CDU-Fraktion  
– Henning Höne MdL, FDP-Fraktion  
– Hans Christian Markert MdL, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
– Norbert Meesters MdL, SPD-Fraktion  
– Hanns-Jörg Rohwedder MdL, PIRATEN-Fraktion
- 12:35 Uhr Mittagsimbiss mit Markt der Möglichkeiten und Zeit zum Netzwerken
- 13:15 Uhr **Nachhaltigkeit made in NRW: Präsentation der InnovationCity Ruhr – Modellstadt Bottrop**  
Bernd Tischler, Oberbürgermeister der Stadt Bottrop

13:45 Uhr **Thematische Workshops (mit Diskussionsmöglichkeit)**

**Klima und Energie**

– Klaus Müller, Vorstand Verbraucherzentrale NRW

– Prof. Gunnar Still, ThyssenKrupp Steel Europe AG

Einleitung und Moderation: Prof. Manfred Fishedick, Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

**Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW – Gut aufgestellt für die Zukunft**

Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft „BnE-Agentur“ aus den beteiligten Landesministerien und der Stiftung Umwelt und Entwicklung

Moderation: Jiska Troppenz, Geschäftsleiterin der BnE-Agentur

**Nachhaltiges Wirtschaften**

– Peter Stamm, Generalbevollmächtigter WILO SE

– Thomas Westphal, Geschäftsführer Wirtschaftsförderung metropoluhr GmbH

Moderation: Dr. Marc-Oliver Pahl, Leiter Nachhaltigkeitsstrategien im MKULNV

**Lokale Agenda – Strategie Nachhaltigkeit**

– Ariane Bischoff, Agenda-21-Beauftragte der Stadt Solingen

– Ludwig Holzbeck, Kreis Unna, Fachbereichsleiter Natur und Umwelt

– Louisa Kistemaker, LAG 21 NRW

– Philipp Reus, Teilnehmer „Dialoge Zukunft Vision 2050“, Jusos Gronau

Moderation: Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer LAG 21 NRW

15:30 Uhr **Bildungsaufgabe Nachhaltigkeit**

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung,  
stellv. Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

15:45 Uhr **Nachhaltige Städte als politische und ökonomische Chance**

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen

16:00 Uhr **Gesprächsrunde zu den Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes- und europäischer Ebene sowie zur Eine-Welt-Strategie NRW**

– Dr. Lale Akgün, Gruppenleiterin für Internationale Angelegenheiten bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien

– Andreas Esche, Bertelsmann Stiftung

– Dr. Hermann Ott MdB, Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

16:55 Uhr **Schlussfolgerungen**

Udo Paschedag, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

17:05 Uhr Markt der Möglichkeiten mit weiterer Gelegenheit zum Netzwerken

**Gesamtmoderation: Jürgen Döschner, WDR**



## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Ministerium für Klimaschutz,  
Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
40190 Düsseldorf  
[www.umwelt.nrw.de](http://www.umwelt.nrw.de)

### **Fachliche Betreuung:**

Ministerium für Klimaschutz,  
Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Referat VIII A2  
Nachhaltigkeitsstrategien  
40190 Düsseldorf  
[www.nachhaltigkeit.nrw.de](http://www.nachhaltigkeit.nrw.de)

### **Redaktion, Text und Gestaltung:**

MediaCompany –  
Agentur für Kommunikation GmbH  
Daniela Baum (Text)  
Juan González (Gestaltung)

### **Workshopdokumentation:**

Daniela Baum  
Nina Fries  
Miriam Holländer  
Armin Senger

### **Bildnachweis:**

Ralf Schuhmann

### **Stand:**

Dezember 2012



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,  
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf  
Telefon 0211 45 66 - 666  
Telefax 0211 45 66 - 621  
infoservice@mkulnv.nrw.de  
[www.umwelt.nrw.de](http://www.umwelt.nrw.de)  
[www.nachhaltigkeit.nrw.de](http://www.nachhaltigkeit.nrw.de)

